

Bezugspreis: Täglich 10 Goldpfennig vorwärts...

Der 'Morgens' mit der Sonntagsbeilage...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Morgens Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 21. März 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutsche Bedenken gegen den Dawes-Bericht.

Eine deutsche Delegation soll angehört werden.

Paris, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Die bisher bekanntgewordenen Grundzüge...

Beide Expertenkomitees haben sich am Mittwoch dahin geeinigt...

Dr. Schacht erntet vor dem Dawes-Auditsch.

Paris, 20. März. (W.B.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat heute nachmittag...

Nach dem 'Temps' werden die Anhänge zum Bericht des Komitees Dawes folgende Fragen zum Gegenstand haben:

- 1. Errichtung einer Goldnotendbank. 2. Deutscher Haushalt... 3. Reorganisation der deutschen Eisenbahnen...

Eisenbahnen für eine internationale Anleihe, deren Ertrag teilweise als Kapital und Reserve...

4. Einführung von Tabak, Zucker, Alkohol- und Zündholzmonopolen...

5. Kontrolle der Erhebung gewisser Einnahmen, sowie der Tätigkeit der Notenbank...

6. Organisation eines Systems von Hypotheken auf 'die deutsche Wirtschaft'...

Unbehagen in Paris über Macdonalds Erklärung.

Paris, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Erklärung Macdonalds, wonach die englische Regierung die Legalität der Ruhrbesetzung...

Die Lasten der Micum-Verträge.

Am Hauptauschuss des Landtags Stocken Limberg und Genossen einen Antrag ein, der die Staatserregung erkräftigt...

Alle bürgerlichen Parteien stimmten gegen den Antrag, den Auschuss für seine Ablehnung gab aber der Kommunist Charpentier...

Churchill abermals geschlagen.

London, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch erfolgte im Stadthall Westminster die mit Spannung erwartete Wahl...

Durch seine Serie von Niederlagen wird Winston Churchill zu einer tragikomischen Figur der englischen politischen Welt...

Bei den Novemberwahlen von 1922 hatte der Konservative mit 13 200 Stimmen gegen 2444 für den Arbeiterpartei...

Einem Londoner Telegramm der Ill. zufolge hatte die erste Zählung eine Mehrheit von 33 Stimmen für Churchill ergeben...

Ultimatum Sowjetrußlands an China.

Moskau, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Da China den zwischen dem Sowjetrußland Karachan und Wang geschlossenen Vertrag unter dem Druck der ausländischen Diplomatie nicht ratifiziert hat...

Teilsprüche in Wien. Gestern abend gab Bundeskanzler Dr. Seipel ein großes Festessen zu Ehren von Dr. Marx und Stresemann...

Die tschechischen Dokumente.

Prag, 20. März. (W.B.) Im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen des 'Berliner Tageblatts' stellt die offizielle 'Prager Presse' folgende zwei Legie einander gegenüber:

1. Zitat aus dem Protokoll Andrássy-Bismarck über die Vorbereitungen des Bündnisses vom 24. September 1874...

„Graf Andrássy hat sich mit dem diesem Vertrage zugrunde liegenden Gedanken einverstanden erklärt, dagegen wider den Abschluss eines Übereinkommens in der vom deutschen Reichskanzler vorgeschlagenen Form und Ausdehnung Bedenken geltend gemacht...“

2. Vergleich. Zitat aus dem 'Geheimprotokoll der Belgrader Konferenz vom 10. Januar 1924', abgedruckt im 'Berliner Tageblatt' vom 18. März 1924:

„Der Herr Minister Dr. Rameil Rimšič hat sich mit dem diesem Vertrage und dem vorgelegten abschriftlichen Konzeptvertrage zugrunde liegenden Gedanken einverstanden erklärt...“

Ann. des 'Vorwärts': Danach ist das 'B. T.' offenbar einem Fälscher zum Opfer gefallen.

Die Kartellverordnung. In einem Vortrag vor der Studiengesellschaft für Währungs- und Finanzreform erklärte der Vorsitzende des Kartellgerichts, Geheimrat Dr. Lucas...

Die Entwicklung in Belgien.

Von Joseph Bauwers, ehem. Arbeits- und Ernährungsminister. Brüssel, 18. März 1924.

Die belgische Regierungskrise ist endlich, wenigstens vorläufig, gelöst. Am Dienstag hat sich das dritte Kabinett Theunis dem Parlament vorgestellt...

Das belgische Abgeordnetenhaus zählt 186 Mitglieder, und zwar 68 Sozialisten, 33 Liberale, 80 Katholiken und 5 ehemalige Frontkämpfer...

Auch bei den Katholiken mangelt es immer mehr an Einheitlichkeit, von dem sehr mächtigen konfessionellen Band abgesehen, wegen der sehr verschiedenartigen Interessen und Strömungen...

Schließlich darf nicht außer acht gelassen werden, daß, wenn auch alle belgischen Parteien Meinungsverschiedenheiten im Sprachenproblem aufweisen...

Die erste Regierung Theunis.

Die erste Regierung Theunis, die nach den Wahlen vom November 1921 gebildet wurde, stützte sich auf die Katholiken und die Liberalen...

Dennoch stellte sich das erste Kabinett Theunis dem Parlament mit der Beteuerung vor, daß es gewillt sei, eine demokratische Politik zu betreiben...

Allmählich verstärkte sich der reaktionäre Charakter der neuen Regierung; auf finanziellem Gebiete zeigte sie keinerlei Kühnheit, sondern begnügte sich mit oft widerlichen Ersparnissen...

mifformel. Damit hatte Belgien sein zweites Kabinett Theunis, das so ziemlich dem ersten entsprach, das aber sich auf Parteien stützte, in denen mit den demokratischen Elementen übel verfahren worden war.

Außer, die finanziellen Schwierigkeiten dauerten fort. Die Dreifachigkeit des Unternehmertums wuchs immer mehr. Sehr scharfe reaktionäre Feldzüge wurden gegen die sozialen Reformen geführt. Die Regierung gab dem selbstverständlich nach. Dann kam die Ruhrbesetzung, bei der die Regierung Theunis sich zum Pariser Poincaré machte. Die Sozialisten allein erhoben Protest; der demokratische Flügel der Katholiken, obwohl keineswegs begeistert, verhielt sich stumm; übrigens schien der Nationalismus in der öffentlichen Meinung die Oberhand zu haben. Selbst in den Reihen der Sozialisten gab es vereinzelte Schwankungen, erstärkt durch die Erinnerung an den Krieg und durch die Versuche der deutschen Schwerindustrie, sich ihren Reparationsverpflichtungen zu entziehen.

Mit der Besetzung des Ruhrgebietes verschlimmerte sich die wirtschaftliche Lage des Landes. Die Finanzen waren keineswegs gerettet, der belgische Franc, der noch vor zwei Jahren 40 Centimes wert war, fiel allmählich unter 20 Centimes; die Lebenshaltungskosten stiegen, die Beamtenschaft wurde unruhig, die Forderungen der Eisenbahner wurden von der Regierung abgelehnt, was einen wunderbar durchgeführten Eisenbahnerstreik zur Folge hatte, gegen den sich alle Parteien mit Ausnahme der Sozialisten erhoben; es gab mehr als 200 Mordregelmänner, darunter viele Männer, die sich während des Krieges ausgezeichnet hatten. Diese verlorenen Schlacht hinterließ viel Bitternis in den Herzen der Arbeiter und war das Signal eines Erwachens des Proletariats.

Die Verdrückung der Gewaltspolitik veranlaßte das Kabinett, eine Verlängerung der Militärdienstzeit um vier Monate während der Zeit der Ruhrbesetzung zu fordern. Ein Teil der Abgeordneten der Regierungsmehrheit stimmte dem nur widerwillig zu, zumal manche demokratische Katholiken seinerzeit, ganz wie die Sozialisten, die Herabsetzung der Militärdienstzeit auf sechs Monate in ihr Wahlprogramm aufgenommen hatten.

Es folgten sodann immer deutlichere Angriffe gegen die sozialen Reformen, die schließlich der ehemalige liberale Kriegminister Dewezé einen Gesetzentwurf einzubringen wagte, der die Rückkehr zur neunstündigen Arbeitszeit bezweckte. Der neue katholische Arbeitsminister brachte daraufhin einen eigenen Entwurf der gleichen Tendenz, wenn auch etwas vorsichtiger ein. Aber unter dem Druck der Sozialisten und der Gewerkschaften stimmten die katholischen Arbeiterabgeordneten gegen den Regierungsentwurf, der somit mit 90 gegen 66 Stimmen abgelehnt wurde.

Diese erneute Herausforderung der christlichen Arbeiter zugleich mit der wachsenden Leuerung und mit der Tatsache, daß der Fehler der Ruhrbesetzung immer deutlicher erkannt wurde, erzeugte eine immer feindseligere Stimmung gegen das Kabinett Theunis. Als der französisch-belgische Handelsvertragsentwurf zur Beratung kam, bei dem das schutzzöllnerische Frankreich keinerlei Konzessionen der Industrie und dem Handel des freihändlerischen Belgiens machen wollte, verwarf die Wirtschaftspolitik Frankreichs zu lassen verweigerte, da es sich die Erbitterung aller Elemente in der Regierungskoalition, die schon bei früheren Gelegenheiten verärgert worden waren. Zusammen mit der geschlossenen sozialistischen Fraktion erlangte die Opposition gegen den Entwurf der Regierung 15 Stimmen Mehrheit, und die Regierung wurde gestürzt.

Und trotzdem, wenige Tage nach einer Abstimmung, die offenkundig ein Misstrauensvotum gegen die meisten Regierungshandlungen von Theunis auf militärischem, innerpolitischem und sozialpolitischem Gebiete darstellte, ist derselbe Theunis damit beauftragt worden, die Regierung

erneut zu bilden. Dies ist vor allem dem kapitalistischen Einfluß der Liberalen und der katholischen Konservativen zu verdanken. Es sind zwar einige Personenveränderungen vorgenommen worden, es wurde viel gefühlhandelt, um die spanischen und wallonischen, die liberalen und die kirchlichen Ansprüche ins Gleichgewicht zu bringen; man wird sich wahrscheinlich in sozialpolitischer Hinsicht etwas vorsichtiger zeigen — aber schon jetzt nehmen einzelne demokratische Katholiken dem dritten Kabinett Theunis gegenüber eine wenig freundliche Haltung ein. Man fühlt bei allen bürgerlichen Parteien eine große Zerkahrenheit. In der auswärtigen Politik wird sich Belgien vermutlich England nähern, das innerpolitische Programm dürfte sehr unbestimmt und vor allem auf die Wiederherstellung der Finanzen gerichtet sein.

Außer die sozialistische Partei bildet eine geschlossene Front; die Ereignisse haben auf sie wie ein Beitzentrieb gewirkt; die Gewerkschaften verzeichnen Neuaufnahmen in großer Zahl. Der Elan der Arbeitermassen ist prächtig, die Arbeiterkraft erhöht so bald wie möglich eine große Wahlmacht. Die öffentlichen Meinung erwartet baldige sozialistische Erfolge. Die demokratischen Katholiken werden zweifellos jene entschiedener Haltung einnehmen, die ihre Wähler von ihnen verlangen. Das neue Ministerium Theunis kann nur vorübergehend am Ruder sein; Belgien gehterneut einer Regierung der Demokratie, des internationalen Friedens und des sozialen Fortschritts entgegen.

Vertrauensvotum für Theunis.

Brüssel, 20. März. (WVB.) Die Abgeordnetenkammer hat mit 92 gegen 66 Stimmen bei 65 Stimmenthaltungen eine Tagesordnung angenommen, die dem Kabinett das Vertrauen ausdrückt.

Reichsregierung und Fall Quiddé.

Protesteingabe des Republikanischen Reichsbundes.

Der Vorstand des Republikanischen Reichsbundes hat zum Fall Quiddé folgende Protesteingabe an den Reichskanzler gerichtet:

Die Verhaftung Ludwig Quiddés hat in allen Schichten des republikanischen Deutschland Empörung und Erbitterung hervorgerufen. Der Verdacht Landesverrat betrafen zu haben, ist einem Mann von der Art Quiddés gegenüber sinnlos. Ein Politiker, der seit mehr als drei Jahrzehnten im öffentlichen Leben Deutschlands eine auch bei seinen Gegnern geachtete Stellung einnimmt, eine Persönlichkeit, an deren reiner Gesinnung nie jemand zu zweifeln gewagt hat, wird nicht über Nacht zum Landesverräter. Wessen ganzes Handeln von seher von lauterster Liebe zu Volk und Vaterland getragen war, der begeht nicht das schimpflichste Verbrechen, das sich denken läßt!

Vollends unerträglich ist das Verbrechen gegen Ludwig Quiddé in Tagen, da in dem gleichen München, in dem seine Verhaftung erfolgte, ganze Scharen überführter Hochverräter frei herumlaufen und vielfach immer noch hohe Staatsämter bekleiden. Der steifende Gegensatz in der Behandlung des politischen Idealisten Ludwig Quiddé zu der Behandlung dieser Hochverräter muß dazu führen, das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes bis auf den Grund zu erschüttern und der Rechtspflege in Deutschland, sowohl politische Prozesse in Frage kommen, auch noch den Rest ihres Ansehens zu rauben. Ein Staat aber, in dem die Begriffe von Recht und Gerechtigkeit vor die Hunde gegangen sind, kann nicht bestehen — das brauchen wir gerade Ihnen, Herr Reichskanzler, nicht erst zu sagen. *Justitia fundamentum regnum*, die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche; dies Wort gilt für die Republik mindestens ebenso sehr wie für die Monarchie.

Besonders verhängnisvoll erscheint uns die neueste Ungeheuerlichkeit der sogenannten bayerischen Justiz mit Rücksicht auf ihre Wirkung im Auslande, zumal in den angelsächsischen Ländern, in denen sich Ludwig Quiddé seit Jahrzehnten einen weltläufigen Namen zu machen bemüht hat.

Der gegen ihn geführte Streich wird dazu beitragen, die ersten schwachen Ansätze der unfernen Vaterlande günstigeren Stimmung in jenen Staaten wieder zu vernichten. Er ist Wasser auf die Mühle aller Feinde Deutschlands. Wie kann, so wird man sagen, Deutschland von der Welt Gerechtigkeit erwarten, wenn es im eigenen Hause schmachvollstes Unrecht dauernd duldet?

So wächst sich der Fall Quiddé aus nicht nur zu einer innerpolitischen, sondern auch zu einer außenpolitischen Gefahr ernstester Art. Und ernsteste Sorge um das hier schwer bedrohte Wohl von Land und Volk ist es, die die Unterzeichneten als Vorsitzende des Deutschen Republikanischen Reichsbundes treibt, sich an Sie, Herr Reichskanzler, zu wenden. Lassen Sie sich nicht hemmen durch die angebliche Unzuständigkeit des Reiches in einem Falle, der die Ehre Obhut anvertrauten Reichsinteressen so stark gefährdet wie der Fall Quiddé. Ein Land, dessen Behörden den rechtmäßigen Hoffbefehlen der zuständigen Reichsorgane widersätzlich den schuldigen Gehorsam verweigern, dagegen in händem Parteihof offenbar unsinnige Behauptungen zum Schaden des Vaterlandes vornehmen, erfüllt nicht die ihm nach der Reichsverfassung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten. Da ist es nach der Verfassung Sache des Reichs, ein solches Land zur staatlichen Ordnung zurückzuführen.

Handeln Sie, Herr Reichskanzler — und handeln Sie rasch!

Der Vorstand des Deutschen Republikanischen Reichsbundes.
93: Dr. Konrad Haenisch, Staatsminister a. D., 1. Vorsitzender.
93: Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D., 2. Vorsitzender.

Man darf gespannt darauf sein, was die Reichsregierung auf diese Eingabe zu erwidern hat und wie sie es rechtfertigt, daß sie sich der standesübigen Angelegenheit nicht sofort angenommen hat. Reichskanzler Marx hat nach vor kurzem öffentlich erklärt, daß ihm der Schutz der christlichen Tätigkeit besonders am Herzen liegt. Wie das Verhalten der Reichsregierung zum Fall Quiddé mit dieser Erklärung in Einklang gebracht werden kann, bleibt ein Rätsel.

Der kleine Hitler-Prozess.

Gefängnis für Unschuldigkeiten der Putschier.

München, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag begannen vor dem Volksgericht in der Au die sogenannten kleinen Hitler-Prozesse, d. h. die Aburteilungen der Vergehen und Verbrechen, die im Anschluß an die Komödie im Bürgerbräukeller von einem Teile der Gefolgsleute Hitlers verübt wurden. Einige Leute vom Bund Oberland, der Kaufmann Weinzierl und der Postist Träger, drangen mit Gewehr und Pistole bemannet in die Wohnung eines Direktors ein, um dessen zu beschlagnahmen. Weinzierl erhielt 3 Monate Gefängnis, Träger 100 Mark Geldstrafe. In einer weiteren Verhandlung hatte sich der Kontobrant Hübner zu verantworten, der in jener Nacht in öffentlichen Lokalen noch Juden suchte und schließlich auch den Genossen Bauer in seiner Wohnung verhaften wollte. Hübner und der ihm angehängte Trupp von Hakenkreuzern hatten sich in Bauers Wohnung im allgemeinen korrekt benommen, nachdem sie gesehen hatten, daß bereits vor ihnen ein Trupp Gensdarmen geradezu vandalisch gehandelt hatte. Dieser erste Trupp war angeführt von den berüchtigten Hakenkreuzern Maurice und Berthold, die seitdem flüchtig sind. Der Trupp des Bundobeamten Hübner drang übrigens in der gleichen Nacht auch bei einem klederen Schneidermeister ein und ließ eine goldene Uhr und andere Wertgegenstände mitgehen. Die Angeklagten suchten sich darauf hinauszureden, doch sie auf Befehl eines Führers gehandelt hätten, der aber nicht ausfindig zu machen war, so daß der Staatsanwalt mit Recht bemerkte, daß die Herren Führer in der Infanterieschule auch in die Beziehung von der Verantwortung drücken. Hübner erhielt 7 Monate Gefängnis, sein Hauptmitarbeiter, ein Kaufmann Beiß, 3 Monate.

Franszösische Wahlen — eine Woche nach den deutschen! Der Ministerrat hat gestern vormittag den 11. Mai als Termin für die Kammerwahlen angelegt.

Münchener Bilderbogen.

Von Marinus Gantner.

Zegernsee.

Gegenüber Zegernsee liegt Wiessee, dort steht am Ufer ein Bohrturm, dahinter ein Kurhaus und dahinter eine Pension. Dort wohnt oft ein alter Herr mit spärlichem grauem Bart, großer Stirn und langer Nase — das ist der Exzar von Bulgarien. Vor der Pension ein Auto mit der Krone S. M. des Königs Rupprecht von Bayern; der ist oben auf Besuch beim alten Bulgaren. — Noch ist die entstellende Staubwolke eines Fahrzeugs nicht verweht, da erzählt auch schon die strahlende Pensionistin, daß der Zar sagt, daß es jetzt endlich bald losgeht mit der Revolution; „Die muß sein. Da. Dann gehen die Leute aus der Stadt heraus aufs Land. Hier ist's schön bill und mein Haus wird voll. So san mir gefällt.“

Ministerpräsident.

Wer trägt die Verantwortung? Herr v. Knilling, ziemlich schlank, trägt im Sommer eine weiße Blaquewette, eine goldene Uhr, einen kleinen Strohhut, hat ein lamaienes rotes Beamtengesicht mit Fäulnis, einen schwanzelnden Gang und einen Cut. Den hat er auch im Winter und dazu eine kurze Poljade. Stolz geschwellt geht er durch die Straßen; es schaut ihm auch wirklich alles nach (weil nämlich die Cut- oder Frackmäntel unten herausbaumeln). Ein Bürgerbräukeller sprach man ihm Mut zu: „Erzählen, lassen sich doch nicht so ohne weiteres verhaften!“ Er sehte leise: „Daron reden wir später.“ Da ward er ergriffen. Dazu riefen drei Stimmen: „Heil.“ Das murmt ihn noch heute. Man eskortierte ihn in die elegante Harlachinger Villa des alldeutschen Verlegers Behmann. Am nächsten Morgen erscheint der Behmannische Zwangsmieter und leht dem Ministerpräsidenten ein Kind auf den Schoß. Während es draußen knallte, machte der Ministerpräsident mit dem Kind: Duzl, buzi. Um 12 Uhr er schien die Hakenkreuzwache; „Jetzt ham's auf uns a'schossen; hat kan's nimmer in Schußhaft, jetzt san's Geiselt.“ Im Borgefühl dieser Qualität blieb Knilling bis 8 Uhr bei Behmann. Um 3 Uhr batte sich die Wache davon gemacht. — Als der Staatsminister und der Mitgefängene Landwirtschafstminister Wucherer die Villa verließen, brachte der Verleger Behmann mit höflicher Verbeugung das Fremdenbuch. Die Herren schrieben sich ein. Knilling hat die Gewohnheit, am 8. November gestürzt zu werden. 1918 ist er königlicher Kultusminister gewesen.

Landwirtschafstminister Wucherer.

Am nächsten Morgen stand eine fünfzehnjährige Jungfrau vor der Villa Behmann: „Ich bin die Tochter vom Herrn Minister Wucherer. Sie, mein Vater hat in der Bibliothek gelesen und a Familienandenken liegen lassen.“ „Was hat er gelesen?“ „Im Sturm.“ — Nach längerem Suchen fand sich in Theodor Storms gesammelten Werken ein Päckchen Dollar. (Damals hatten wir noch Inflation.)

Stadträte.

Während in der Stadt Hitler-Truppen mit vorzechallenem Gewehr durch einige Duzend Häuser liefen, sah im Zimmer 80jähriger Damen niederliegen, während dort Wasser und Gabeln verschwanden und

Gottfried Feder, Autor des Manifests zur Zerschlagung der Finanzwirtschaft, die Hitlerische Finanzpolitik durch Beschlagnahme von Banknoten erlöste, war es gelungen, einen katholischen Trupp Juden und die Münchener Stadträte mit dem Bürgermeister Schmid im Bürgerbräu zusammenzuführen. Die Stadträte, alsbald im Auto in einen Wald vor der Stadt gebracht, wurden dort an Bäume verwickelt, mit gebundenen Gewehren gefesselt und schließend erschossen werden, als aus einem weiteren Auto mit lautem Schreien zwei Männer herbeistürzten: „Koch's uns die Deut' fehn; die ganzen Arbeit'sen stürmen grad's Rathaus, weil mir's net aussahn tenna. Die Bankten aber gehn foa Obbt ret her, hall net der Büroverwalter und d' Stadtrat unterschreiben. Zum Erschrecken is noch allweil Zeit gnuua. Aber erst müssen's zrud und unterschreiben.“ Da war auch schon der Putsch zusammengebrochen.

Der Mann in Uffing.

In Uffing am Staffelsee steht ein elegantes Haus — Villa Hansliengel — und hier im Bett lag am Morgen nach dem Putsch im selbenden Pyjama — Adolf Hitler. So ist er gefunden worden.

Der Mann in Soln.

Soln und Ludwigssee sind Gartenstädte vor München. Ihre Bewohner, die sich gegenseitig durch die Gartenlände gucken, beobachten in der Frühe einen älteren Herrn von molliger Gestalt, der schweigend in offener Bodenjacke nach Regenwürmern gräbt, während ihm die windverwehten Schmutzwäsche das grüne Hüden vor die Schaufel wirft. Dann unterhält er sich übermäßigen Gefächts mit der Haushälterin des rechtsgelegenen Nachbargartens. Jedermann weiß, daß Herr Ludendorff wieder einmal bis zur Hellschaltel bei einem Corps drinnen in München getneipt hat. Seine Bierreden stehen in der Morgenzeitung.

Aufsturz.

Die Würtlichen sind fast alle Protestanten. Der Defak Humbert aus der Marxstraße, eines der evangelischen Häupter mit Mondbem Bollbar, erscheint, auf den allen Baron Lautpocus gestützt, in Rabrs Vorzimmer, um diesen evangelischen Glaubensgenossen (der wider die Regel zur katholischen Volkspartei gehört) ob seiner Treulosigkeit gegen Hitler zurechtzuweisen. Rabrs rechte Hand, Freiherr von Aufsch, mit dem Amiralbart, tritt aus dem Kabinett: „Die Herren wünschen?“ „Ich komme im Namen des protestantischen Gewissens.“ „Wie heißt die Organisation?“

Das Gericht.

Wenn mich die Bilder des Zeichners Fodor nicht täuschen, so sieht auch diesmal wieder einer der Herren als Zeisiger zu Gericht, der im Federbach-Prozess fortgesetzt heimlich Pannkuchen gegessen hat. Die Zeisiger sind in der ganzen Stadt bekannt, sie stehen in allen Zeitungen mit Physiognomie, Namen und Adresse. Wehe ihnen, wenn das Gericht einen Schorf a Spruch fällt! Den gegenständlichen Vorsitzenden Hof, von Anno Federbach, der seinem Namen alle Ehre machte, hat man zum Zweck dieses Prozesses abgelegt. Und der Staatsanwalt? Nachdem er abwechselnd die Türen angeschlagen und das Publikum ausgeschloffen hat, geht er in der Pause auf einen der Angeklagten zu: „Na Pönerchen, samede die Zigarret?“

Otto Erichs „Denkmal“.

Vor einiger Zeit las durch eine Reihe von Blättern die Nachricht, daß von alten Freunden Otto Erich Hartleben eine Sammlung veranstaltet werden sollte, damit an einem Haus, in dem der Dichter längere Zeit gewohnt, eine Gedenktafel angebracht werden könnte. Wir sind nun in der Lage, zu den „Denkmätern“ Otto Erichs auch einen Beitrag zu liefern — in der Form des folgenden Briefes, den die Freundin des Dichters, Frau Ellen Birr, vor geraumer Zeit an einen Freund ihres Gatten gerichtet hat.

Mein Daktari!

Also Sie wollen von mir etwas über Otto Erichs „Denkmal“ erfahren? Nun, Sie konnten ihn ja. Rapid — das ist wohl die treffendste Kennzeichnung seines Wesens. Und so war auch die schwere, schwarze Tafel aus edelstem italienischen Marmor, die über dem schmiedeeisernen Gittertor der Villa Hallyone in Soln eingelesen war und noch aus dem 18. Jahrhundert stammte. „Vive ut post vivas!“ hatten die alten Römer in wichtigen Angelegenheiten in die mächtige Platte eingemeißelt, und somit hatte Otto Erich eigentlich schon zu Lebzeiten sein Denkmal, und zwar durchaus in seinem Sinne.

Bis irgend jemand auf die Idee verfiel, daß es doch eigentlich sehr schön und zweckmäßig wäre, in, an, oder um die Villa Hallyone eine Gedenktafel oder etwas Ähnliches anzubringen, sportstreichs hinfel, und unter den jeweiligen Hakenköpfen des Gardafes (wie Otto Erich bekanntlich so innig liebte!) eine Sammlung für den „guten Zweck“ veranstaltete. All mein Sträuben half nicht; es wurde lustig weitergesammelt. Als aber eines Tages ein Abgeordneter der Denkmal-Gemeinde bei mir erschien, um mir zu eröffnen, daß die erforderliche Summe „nun endlich glücklich beisammen sei“, da riß mir doch die Geduld, und ich wurde groß. Ich erklärte ihm kurz und bündig, das Denkmal möge entstehen, wo immer es wolle, nie und nimmer aber in der Villa Hallyone, und daß ich nur im Sinne Otto Erichs handele, wenn ich mich einer Veränderung seines Hauses widersetze.

Als ich dann lässig vom Gardafes fort war und die Denkmal-Geschichte fast schon vergessen hatte, da erfuhr ich eines Tages folgendes:

Otto Erich hatte doch noch sein „Denkmal“ erhalten. In den Golf von Soln laufen die Dampfer nämlich ein, wenden um, und laufen dann wieder aus. In der Mitte des Golfes wurde nun eine Tonne verankert, und auf dieser Tonne stand in Lebensgröße Otto Erich, in Oberholz geschnitten, des Gesichtes aus irgendeiner weißen Masse, und sonst, wie es sich gehört, in Lederhosen und Schlepptut, einen netzrothlichen schwarzen Anker auf der Nase. Da nun die Wasserberührte des Golfes, selbst bei ruhigem Wetter, infolge des Dampferverkehrs stets recht bewegt ist, so versinkt Otto Erich von Zeit zu Zeit spurlos in die Tiefe, um nach einer Weile sogleich wieder aufzulauchen, während ihm das Wasser von Mantel und Schlepptut trief. Der Pölsidan des Gardafes!

Als ich soweit gelesen hatte und meiner Ehre wieder mächtig war, brach ich in ein schallendes Gelächter aus, denn ich sah ganz deutlich das Gesicht vor mir, das Otto Erich gemacht hätte, hätte er sich selbst so auf der Tonne im Gardafes gesehen. Sie wissen ja, er lebte Witze und konnte selbst so hergipst lachen.

Ihre Ellen Birr.

„Germania“-Aktien.

Der Handel mit politischen Gesinnungen.

Die inneren Zustände in der Zentrumspartei werden gekennzeichnet durch einen Kampf um die „Germania“, der sich diesmal in den Spalten des Blattes selbst auslebt. Der Hauptaktionär des Unternehmens, Herr Semer, hatte am Mittwoch eine Zuschrift veröffentlicht, in der er von Versuchen sprach, ihm die „Germania“-Aktien mit List und Tücke zu entreißen. Nun veröffentlicht aber in der Donnerstagsausgabe der „Germania“ Ministerialdirektor Spieder eine Zuschrift, aus der hervorgeht, daß Herr Semer die Aktien der „Germania“ angeboten hat. Herr Semer wurde die Sache nämlich zu mulmig, denn in einem Berliner Montagsblatt waren ihm die ehrenrührigsten Dinge, wie Salvarian-Schiebungen, Protokollfälschungen und Unterschlagungen nachgelagt worden. Herr Semer ist durch Erzberger in den Besitz der „Germania“-Aktien gekommen, der dadurch glaubte, eine christlich-demokratische Politik des leitenden Zentrumsblattes gesichert zu haben.

Aber Erzberger war ein schlechter Menschenkenner. Semer testete meisteils bald nach Erzbergers Tode mit Schwereindustriellen und sabotierte so die Absichten Erzbergers. Ob das mit bewusster Absicht geschieht, kann man freilich nicht sagen, denn aus seinen verschiedenen Verlautbarungen, mit denen er die Neffenhaftigkeit beklagt, geht hervor, daß Herr Semer ein höchst konfus Herr ist, der offenbar selbst nicht richtig weiß, was er will. Wenigstens nicht politisch. Geschäftlich scheint er allerdings auf der Höhe zu sein, wenn auch nur ein Zehntel dessen mehr ist, was ihm das Berliner Montagsblatt vorgeworfen hat. Aus den Fingern scheinen die Vorwürfe nicht gefogen zu sein, denn das Montagsblatt wiederholte in einer seiner letzten Nummern die Vorwürfe und erklärte, noch nichts von einer Klage gehört zu haben.

Um so auffälliger ist die Tatsache, daß Herr Semer in seiner Zuschrift an die „Germania“ sich auf eine Art Vertrauensvotum berufen kann, das ihm der Aufsichtsrat der „Germania“ ausgestellt hat. Das hat Herrn Semer offenbar Mut gemacht, erneut einen Vorstoß in der Dessenhaftigkeit zu wagen. Unterstützt wird er dabei von einem katholischen Geistlichen, der im vorigen Jahre von der „Germania“, an der er Redakteur war, entlassen und dann von einem schwerindustriellen Verlag gekauft wurde, wo er jetzt im Auftrage des Herrn Hugenberg Zentrumspolitik in völkischem Sinne macht. Dieser Herr wünscht Herrn Semer in langen Denkschriften von seinen Salvariangeschäften rein und fabriziert für ihn Erklärungen, die Semer dann unter seinem Namen veröffentlicht.

Was uns veranlaßt, uns mit diesem merkwürdigen Salvarian-Theologen etwas näher zu beschäftigen, ist die Tatsache, daß derselbe Herr auch die berüchtigte Korrespondenz des Herrn Sonntag speist, die vor kurzem als alberne Verleumdung des sogenannten Finanziers der Sozialdemokratie in die Welt schiederte. Jetzt liefert der geistliche Herr dieser Südelische Material nicht nur gegen eigene Parteifreunde, sondern auch gegen andere katholische Geistliche. Aus kirchlichen Kreisen wird uns mitgeteilt, daß über diesen Theologen eine eingehende Beschwerdeschrift an die geistlichen Behörden unterwegs ist.

Landtagsferien in Sachsen.

Auflösungsantrag abgelehnt.

Dresden, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag lehnte am Donnerstag den deutschnationalen Antrag auf Landtagsauflösung mit 49 gegen 42 Stimmen ab. Der linke Flügel der SPD-Fraktion stimmte zusammen mit den Kommunisten und Deutschnationalen für die Auflösung. Ein Antrag auf Vertagung des Landtags bis zum 6. Mai wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. Während der Wahlferien wird ein Zwischenausfluß die notwendigen parlamentarischen Arbeiten erledigen.

Nein Zusammenschluß der Berliner Künstlergruppen. Vor kurzem wurde durch eine hiesige Korrespondenz die andauernde aus offizieller Quelle kommende Nachricht verbreitet, die Berliner Künstlerorganisationen hätten beschlossen, sich auf der alljährlichen Großen Berliner Kunstausstellung zu sammeln und auf größere Sonderveranstaltungen hinfür zu verzichten. Nachdem inzwischen schon die Berliner Exzeption erklärt hat, ihre Frühjahrsausstellung werde trotzdem stattfinden, erhalten wir jetzt folgende Mitteilung der Juryspreisen Kunstschau:

Entgegen den in der Presse erschienenen Notizen über das Berliner Kunstausstellungswesen teilen wir mit, daß die „Berliner Vereinigung Bildender Künstler“ sich nicht an der Großen Berliner Kunstausstellung beteiligt und daß die „Jurysfreie Kunstschau“ im Herbst dieses Jahres wie alljährlich als rein künstlerische Veranstaltung unter schärfster Ablehnung des Charakters einer reinen „Verkaufsausstellung“ stattfindet.

S. A.: Herrn. Sandhuf, Hr. Windler-Tammenberg, Gertrud Reinhold.

Wir haben stets die Meinung vertreten, daß neben der Ausstellung der Akademie die Jurysfreie die einzige große Berliner Kunstschau ist, die heute noch Existenzberechtigung hat. Es ist daher zu begrüßen, daß sie sich ihre Selbstständigkeit nicht nehmen lassen will. Interessant wäre es aber, zu erfahren, von welcher Stelle die jeder sachlichen Unterlage entbehrende Nachricht über den erfolgten Zusammenschluß der Berliner Künstlergruppen ausgegangen ist.

Schnee in Medina. Im sonst so heißen Arabien ist der Winter streng, und in Medina, der Stadt des Propheten, die der bedeutendste Wallfahrtsort des Islam ist, hat es soeben geschneit, ein Naturwunder, das man in Arabien seit Menschengedenken nicht erlebt hat. Eraber, die nicht wußten, was Schnee ist, blühten auf das weiße Leichentuch, das über die heilige Stadt verbreitet lag, mit Entsetzen und ergreifen panikartig die Flucht. Man hat in der berühmten Moschee El Haram (die Unverletzliche), deren Besuch für die Mekkaner eine religiöse Pflicht ist, Bittgebete angeordnet, die vor dem anschließenden Grab des Propheten in der Moschee gesprochen werden. Das Volk glaubt, der Schneefall sei das sichtbare Zeichen, mit dem der Prophet seinen Jörn über die gotteslästerlichen Neuerungen der jungtürkischen Machthaber zum Ausdruck bringen will.

Die Deutsche Szene muß hier ursprünglich auf den 20. März festgelegt. Aufführung von Goethes „Eunuchen“ und „Gemethus“ hinausgeschoben.

Die Diebstahl des Theaters „Die Tribüne“ wurde für die Sommerzeit (April-September) von Fiedler, Lobe und W. A. Kupfer übernommen.

Die „Dritte Schallmüllwache“ des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht findet vom 24.-30. April in Dresden im Hotel der Universität statt. Es werden Vorträge halten die Herren Staatssekretär Prof. Dr. Fiedler, Reichensberg, Schering, Schillingmann u. a. Die Kammermusik und praktischen Vorführungen abends sind Konzerte und eine Oberbühnenmusik geplant. Am Sonntag soll ein Ausflug zum Kloster Gräfenhainchen unternommen werden. Alles Nähere durch das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Str. 120.

Der dänische Rundfunk ist über den großen Elation in Lyngby verlegt worden, was jedoch Schmeierigkeiten mit sich brachte, da die Wellenlängen dort sich nicht für den privaten Verkehr eigneten. Jetzt wird in Kopenhagen eine eigene Station errichtet, die teilweise von dem dänischen „Radioklub“ finanziert wird.

Hochverrat oder Landesverrat?

Material für einen neuen Prozeß.

München, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Verhältnisse in den deutschvölkischen Kampfbündeln unterrichtet ein sehr interessantes, streng vertrauliches Rundschreiben, das der Jungdeutsche Orden in Bayern, gez. Johnson, am 1. Dezember an alle Großmeister und Gefolgschaftsmeister seines Ordens verschickt hat. Dieses Rundschreiben wird am Donnerstag in der „Münchener Post“ im Wortlaut veröffentlicht. Sein wesentlicher Inhalt ist folgender:

1. Die völkische Bewegung ist mit dem unglücklichen 8.9. November 1923 in einen neuen Abschnitt getreten. War sie bisher die treibende Kraft, die den nationalen Gedanken im Staate wieder zur Herrschaft brachte und besonders in Bayern der Regierung die notwendigen Machtmittel zur Verfügung stellte, so wird jetzt von verschiedenen Seiten versucht, den Einfluß der völkischen Verbände auf die staatlichen Belange auszuschalten.

Daß man mit dem Gedanken umgeht, alle völkischen Verbände zu entwaschen, halte ich nicht für sicher, dagegen sind lebendige Persönlichkeiten der Ansicht, die völkischen Vereine und Bände zu rein militärischen Vorbereitungsanstalten für den „Krieg nach außen“ umzugestalten. Das würde das Ende unserer Hoffnungen auf eine Wiedererlangung unseres Volkes von innen heraus darstellen. Diese rein reaktionäre Gefahr zu beseitigen, muß unsere nächste Aufgabe sein.

Auf eine Unterstützung durch den Staat haben wir nicht mehr zu rechnen. Die Völkischen befinden uns jetzt in der Opposition. Ob wir in aller nächster Zeit Selbstenheit haben, mittels Waffengewalt unsere Ziele zu erreichen, halte ich für nicht wahrscheinlich. Gleichwohl heißt es auch in militärischer Beziehung bereit zu sein, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Der Ausbildungsdienst geht weiter. Möglicherweise aber werden wir auch gezwungen werden, unsere Pläne auf rein legalen, verfassungsmäßigem Wege zu verwirklichen. Neue Wahlen stehen vor der Tür. Diese Wahlen müssen der völkischen Bewegung einen überwältigenden Sieg bringen.

2. Es ist mir gesagt worden, daß Major Kühne, Führer der Belegschaft Coburg der Ehrhardt-Brigade, im geheimen beabsichtige, sämtliche gedienten Leute aus den Orden herauszulassen, zu einem Ehrhardt-Sturmabteilung zusammenzuschließen. Dieser Plan wird auf meinen stärksten Widerstand stoßen. Ich erwarte, daß sämtliche Brüder sich ihrer Ordenspflicht bewußt sind und bleiben und treu zum Orden und ihren Führern halten. Bis zur Klärung dieser Angelegenheit ordne ich an, daß die Befehls-gewalt sämtlicher Wiking-Offiziere mit dem heutigen Tag aufhört. Damit ist natürlich das Verhältnis, in dem wir zur Marinibrigade Ehrhardt stehen, in keiner Weise gelöst.

Der Wiking-Bund ist, wie vielen noch bekannt sein dürfte, lediglich eine Unterorganisation der Brigade Ehrhardt, wie z. B. der Wäckerbund, Frankenland usw.

Wer von den Wiking-Offizieren das Bedürfnis hat, für den Jungdeutschen Orden und das Regiment tätig zu sein, möge sich mit mir

in Verbindung setzen. Das Eingliedern der Wikingleute in unser Regiment hat unser Ordensansehen schwer geschädigt. Ich habe mich über das Verhalten von Offizieren wie Mannschaften bei Kapitän Ehrhardt beschwert. Die Unterbringung der vorhandenen Flüchtlinge ist nicht Sache des Ordens. Nur flüchtigen und arbeitslosen Ordensbrüdern mit Ordensausweis bitte ich Unterkunft und Verpflegung zu gewähren. Eine Ausnahme macht allein die Batterie Argustin. Das Ordensgebiet ist keine Versorgungsanstalt für Leute, die rauben und plündern. Ich bin es satt, die Verantwortung für Taten zu übernehmen, die nicht von Ordensbrüdern getan worden sind. Die militärischen Führer haben sich den Ordensführern willig untergeordnet.

Die Gewehre bleiben Eigentum des Ordens. Kein Mensch hat über sie zu verfügen als ich und Leute, die einen mit meinem Namen unterschriebenen Ausweis haben. Ich bitte die Meister, mir ein Verzeichnis der Waffen einzureichen.

3. Unser Verhältnis zu den anderen völkischen Verbänden, besonders zu den ausgetretenen, ist ein günstiges. Vor allen Dingen ist mit den Nationalsozialisten Freundschaft zu halten. Mit dem Bund „Bayern und Reich“ zusammenzuarbeiten, ist fürderhin für mich ausgeschlossen. Die Sammlung der völkischen Verbände droht zu scheitern an der Führerfrage. Kapitän Ehrhardt begegnet in den verschiedenen Verbänden dem größten Mißtrauen. An dieser Führerfrage darf aber die völkische Bewegung nicht scheitern. Meine Arbeit ist rein politisch auf Grund eines völkischen Mindestprogramms zu einem völkischen Block, für den ein Mann noch gefunden werden muß, zusammenzufassen.

Das Schreiben des Jungdeutschen Ordens ist ein Pendant zum Hitler-Prozeß und zu der Hochverratspraxis der Reichsregierung.

Ein bewaffnetes Unternehmen war nicht beabsichtigt, beteuern die angeklagten und nichtangeklagten Hochverräter in München. Alle geheimen kriegerischen Vorbereitungen galten dem „Krieg nach außen“.

Ueber geheime militärische Vorbereitungen darf nichts veröffentlicht werden. Wer es doch tut, begeht Landesverrat. So sagt die Regierung.

Wir völkischen Kreise und Bände sollen fortan nur noch Vorbereitungsanstalten für den „Krieg nach außen“ sein? Das ist das Grab unserer Hoffnungen, das ist eine reaktionäre Gefahr, die beseitigt werden muß! So läßt sich der Jungdeutsche Orden vernehmen.

Und die Moral von der Geschichte? Wahrscheinlich ein neues Hochverratsverfahren gegen „Münchener Post“ und „Vorwärts“.

Denn aus dem Dokument geht hervor, daß die Putzbrigade Ehrhardt lustig weiter blüht, und daß der „Jungdeutsche Orden“, der sich das gute Recht auf Hochverrat nicht nehmen lassen will, Waffen en masse hat...

Auslegung der Wählerlisten 6. bis 13. April.

Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkartieren für die Reichstagswahl vom 6. April bis einschließlich 13. April anzulegen sind. Im reichsweiten Bayern, wo am 16. April die Landtagswahlen stattfinden, und also im allgemeinen mit einer Erspargung der für die Landtagswahl aufgestellten Listen in Frage kommt, ist die Auslegung auf die Zeit vom 1. bis 7. April festgelegt. Näheres über Ort und Zeit der Auslegung geben die Gemeindebehörden noch bekannt. Einspruch gegen die Stimmlisten müssen bis zum Ablauf der Auslegung erhoben werden. Wählen kann nur, wer in die Stimmlisten eingetragen ist oder bei Abwesenheit vom Wohnort am Wahltag einen Stimmschein sich rechtzeitig hat ausstellen lassen.

Die Gemeindevahlen in Preußen.

Die Bemühungen der bürgerlichen Parteien, die preussischen Gemeindevahlen zu verschleppen, sind bisher nicht geglückt. Bekanntlich beschloß der preussische Landtag schon vor mehreren Wochen, die Gemeindevahlen am 4. Mai vorzunehmen zu lassen. Inzwischen hat der Reichspräsident den Termin für die Reichstagswahl ebenfalls auf den 4. Mai festgelegt. Die Deutschnationalen, Volksparteier und das Zentrum des preussischen Landtages vertreten nun die Auffassung, daß die gleichzeitige Erledigung der Wahlen unrausam ist, während Demokraten und Sozialdemokraten an dem schon früher festgelegten Termine festhalten. Praktische Gründe sprechen bei der Haltung der bürgerlichen Parteien nicht mit. Sie wollen mit der Verschlebung des Wahltermins erreichen, daß die in verschiedenen Teilen des Reiches geplante bürgerliche Gemeindefachliste gegen die Sozialdemokratie zustande kommt. Das ist unmöglich, wenn die Reichstags- und Gemeindevahlen an einem Termin stattfinden. Die Sozialdemokratie wird die Position der Bürgerlichen nicht erleichtern. Sie nimmt schon jetzt den Kampf auf und hat deshalb im preussischen Landtag die Anwendung der letzten geschäftsordnungsmäßigen Mittel zur Verhinderung der Abwahl des Zentrums, der Volkspartei und der Deutschnationalen angedroht. Am Donnerstag hat sie davon bereits Gebrauch gemacht. Als z. B. der Abg. v. Campe beantragte, auf die nächste Tagesordnung die Verschlebung der Landtagswahlen auf den 1. Juni zu setzen, widersprach die Sozialdemokratie. Der Antrag konnte infolgedessen nicht mit der nächsten Tagesordnung beraten werden. Von dem gleichen Recht oder ähnlichen parlamentarischen Abwehrmitteln dürfte die Fraktion auch in den nächsten Tagen noch Gebrauch machen.

Wichtig ist, vorläufig folgendes festzuhalten: Am 13. Mai erfolgt in der Provinz Hannover die Wahlen-Abstimmung. Wie Parteien und Gegner eines selbständigen Hannovers werden deshalb ihre Anhänger auffordern, einen entsprechenden Stimmzettel abzugeben. Wenige Tage später aber beabsichtigen die bürgerlichen Parteien gemeinsam mit den Welsen gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen. Der Feind von gestern wird also ihr Bundesgenosse, weil es gegen die Sozialdemokratie geht. Und die Moral soll die Sozialdemokratie unterfassen, indem sie die Annahme des Antrages auf Verschlebung der Gemeindevahlen ermöglicht?

Bayern gegen die Reichspost.

München, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Beschluß des Reichsrats zum Reichspostfinanzgesetz, der bekanntlich gegen die Stimmen Bayerns und Württembergs gefaßt wurde, hat in bayerischen Regierungskreisen sogenannte „erhebliche Erregung“ hervorgerufen. Man sieht sich einer brutalen Vergewaltigung gegen-

über, die gegen Treu und Glauben verstoße. Die bayerische Regierung hat daher durch ihren Gesandten bei der Reichsregierung erklären lassen, daß sie sich alle aus dem Staatsvertrag von 1920 hervorgehenden Rechte vorbehalten, womit ausgesprochen wird, daß Bayern nicht gewillt ist, das Reichspostfinanzgesetz als unabänderliches Faktum hinzunehmen, soweit bayerische Interessen in Frage kommen. Nach einer Information der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ wird die bayerische Regierung nunmehr in den aller nächsten Tagen zur Wahrung der bayerischen Ansprüche in Berlin Schritte unternehmen und mitteilen lassen, daß diese Ansprüche auch durch eventuellen Reichstagsbeschluß nicht annulliert werden können.

Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung auf Grund des neuen Postfinanzgesetzes in den Verwaltungsrat der deutschen Reichspost sieben Mitglieder und sieben Stellvertreter gewählt. Von den Hauptstimmen entfallen zwei auf Preußen, je einer auf Bayern, Württemberg, Hamburg und Braunschweig, von den Stellvertreterstimmen entfällt je einer auf Preußen, Bayern, Thüringen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg und Bremen.

Der Spionageprozeß d'Armont.

Cetzly, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Reichsgericht begann am Mittwoch ein Spionageprozeß gegen den französischen Generalstabler Hauptmann d'Armont, den Leiter des französischen Spionagebureaus in Basel. Bereits in der vergangenen Woche waren mehrere seiner Agenten, die nach seinen Anweisungen in Deutschland reisten und Material über die Reichsmehr usw. aufzutreiben suchten, zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden. Einer von ihnen, ein Schweizer Biens, erzählte als Zeuge, wie d'Armont sein Bureau aufgezogen hatte. Er arbeitete mit einer angeblichen Friedensliga, die in New York mit 50 Millionen Dollar gegründet sein und dort ihren Sitz haben sollte. Den deutschen Offizieren, von denen man Material zu erhalten hoffte, wurden die Schatzungen dieser Liga übergeben. Hier wurde rätschloselose Pazifismus nach der Richtung betrieben, daß diese „Liga der Toten“ Kriege dadurch verhindern wolle, daß sie im Falle einer Kriegesgefahr dem Gegner das Rüstungsmaterial enthalte. d'Armont und mit ihm die französische Regierung haben sich ihre Spionage aber auch etwas kosten lassen, wie ebenfalls die Aussagen des Zeugen Biens beweisen. Er hat nicht nur selbst innerhalb zwei Monaten 1000 Schweizer Franken bezogen, sondern auch in den Kreisen, in denen er Zutritt hatte, sich nicht knauerig gezeigt. So gelang es ihm z. B. in nähere Begleitung zum Bischof von Bamberg zu treten, indem er ihm eine Spende von 20 000 M. überreichte. Diese Bekanntheit suchte er, weil einer seiner Aufträge dahin ging, zu erkunden, wie der bayerische Kreis zu einer Trennung Bayerns vom Reich und zur Königfrage stünde. Viel interessanter ist aber die Tatsache, die ebenfalls am ersten Tage dieses Prozesses bekannt wurde, daß dieser Elton Biens ein oft und gern gesehener Besucher des Münchener Bureaus der nationalsozialistischen Partei war. Die Vermutung liegt nahe, daß er sich auch dort durch eine hochherzige Spende den Zutritt zu gewinnen wußte, zumal man weiß, daß gerade im vergangenen Jahre zu der Zeit der größten Inflation die Nationalsozialisten in München über ausgiebige Geldquellen verfügten. Vor dem Reichsgericht scheint am Mittwoch eine dieser dunklen Quellen kargelegt worden zu sein.

12 Jahre Zuchthaus.

Cetzly, 20. März. (Z.N.) Das Urteil im Spionageprozeß gegen den französischen Hauptmann d'Armont lautet auf 12 Jahre Zuchthaus und 5000 M. Geldstrafe. Die Geldstrafe wird durch die Unterjuchungshaft für verbüßt erachtet.

Um die Straßenbahn.

In der Berliner Stadtkörperschaftenversammlung wurde gestern statt gearbeitet. Weber Kommunisten noch Deutschnationale hatten diesmal Lust, zu frustrieren. Ueber den deutschnationalen Antrag, der Stadtkörperschaften auch für Berlin fordert, wurde auf Wunsch der Antragsteller noch nicht verhandelt. Um die aus dem Ausschuss zurückkommende Magistratsvorlage betreffend die Bildung einer Straßenbahn-Betriebsgesellschaft m. b. H. entspann sich nochmals eine Debatte. Der Ausschussbeschluss, die Straßenbahn zu einer A. G. zu machen, bekämpfte Genosse Reuter. Die sozialdemokratische Fraktion forderte die G. m. b. H. Unser Redner behandelte dabei die Straßenbahnpolitik und zeigte, wie recht wir Sozialdemokraten daran getan haben, die Straßenbahn vor der Auslieferung an das Privatkapital zu bewahren. Genosse Reuter betonte aber, daß wir nicht daran denken, alles gutzuheißen, was inzwißchen bei der Straßenbahn geschehen ist. Wegen die rücksichtslose Behandlung der früheren Straßenbahner, denen bei der Personalvermehrung betriebliche Reulänge vorgezogen werden, richtete sich ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Der die G. m. b. H. fordernde Antrag wurde angenommen und hiermit ging die Vorlage an den Ausschuss zurück. Auch mit dem Antrag über die früheren Straßenbahner wird er sich beschäftigen müssen.

Die gestrige Sitzung erlebte zunächst einige Anträge. Die Deutschnationalen fragten am 5. Februar an, in welchem Verhältnis in Berlin der Ertrag der Wohnungsbaubauabgabe zu den Kosten gestanden hat, und berufen sich dabei auf die im Hauptauschuss des Landtages Mittelung, daß in Preußen die Abgabe im Jahre 1923 zwanzigmal soviel eingebracht hat. — Hauptsteuerdirektor Lange gab die Auskunft, daß schon 1922 die Veranschlagung des Ertrags zur Hälfte verfehlt worden sei; 1923 sei das Verhältnis so stark geworden, daß der Magistrat im September die Erhebung gänzlich sistieren mußte. — Die Fragesteller verzichteten hiernach auf eine Besprechung der Vorlage.

In einer Anfrage vom 7. Februar bringt die Deutsche Volkspartei zur Sprache, daß laut Beschluß der Reichsministerialkommission die sechs Klassen der Mittelschulen zu Osnabrück nicht wieder aufgemacht werden sollen; man dürfe diesen Beschlüssen nicht gehorchen. — Stadtkämmerer Paulsen erklärte die Anfrage für gegenstandslos, da es sich nicht um einen Reichsministerialbeschlusses handele, sondern um einen Antrag, der aus Provinzialschulratkollegium gerichtet, von diesem aber abgelehnt sei. Von einem „Abbau“ sei keine Rede; über die Umwandlung von sechsklassigen Mittelschulen in fünfklassige lasse sich reden.

Gemeindezuschlag zur staatlichen Grundsteuer

zum Gegenstand von Anträgen gemacht; entgegen dem Ausschuss- und Verfassungskomiteebeschluß würden auch bei unbewerteten Grundstücken 100 Proz. Zuschlag erhoben. — Nachdem der Hauptsteuerdirektor Lange den Nachweis geführt hatte, daß die städtischen Steuerstellen mit ihrer Auslösung zu Recht verfahren und daß andere Kommunen noch viel höhere Einheitsätze erhoben, führte Genosse Dr. Lohmann den Anfragern zu Gemüte, wie langsam es sei, daß sie erst jetzt diese Mißverhältnisse der Auslösung wahrnehmen, jetzt nicht vor den Wahlen, plötzlich ihr landwirtschaftliches Herz entdecken, nachdem man seinerzeit im Ausschuss Kundensang darüber diskutiert habe, was ein bebautes und was ein unbebautes Grundstück sei; damals hätten die Sozialdemokraten gerade mit Rücksicht auf die kleinen Besitzer eine besondere Festsetzung des Bezirkes der bebauten Grundstücke beantragt, damals aber hätten die Interpellanten den Erklärungen des Hauptsteuerdirektors vorbehaltlos beigepflichtet!

Eine weitere Anfrage der Deutschen Volkspartei betraf die Bodeische Anstalt Lindenberg, in der Berliner Pflegekinder in völlig verkränkten und verachteten Zuständen vorgefunden worden sind. Frau Stadträtin Genossin Wehl stellte fest, daß nicht etwa ein zu geringes Pflegegeld an diesem belagerten Institut schuld sei; die Stadt verfüge leider immer

noch nicht über genügende Unterkunft für die Pflegekinder. Der Inhaber sei schon mehrmals verwahrt worden; die Anstalt werde jährlich einmal revidiert und habe zudem unter Aufsicht der Regierung.

Die Dringlichkeitsvorlage wegen vorläufiger Festsetzung der Gewerbesteuer ging an den Steuerauschuß; der Berufschußgegenbeitrag für die Zeit vom 1. Oktober 1923 bis 31. März 1924 wurde auf 10 Proz. der Gewerbesteuer festgesetzt.

Städtische Straßenbahn

hat der Ausschuss entgegen dem Magistratsvorlage auf Bildung einer Betriebs-G. m. b. H. als Betriebsform die Bildung einer Aktiengesellschaft vorgeschlagen. Er legt den Entwurf eines Gründungsvertrages und eines Vertrages der Stadt mit der Straßenbahn-A. G. vor. Genosse Reuter: Seit die Verammlung eine bürgerliche Mehrheit hat, kommt die Frage der Betriebsform nicht zur Ruhe. Man legt alle Hebel in Bewegung, um das Privatkapital irgendwie an den städtischen wirtschaftlichen Unternehmungen zu beteiligen. Wir haben ein solches Vorhaben stets als verwerflich und für die Masse der städtischen Bevölkerung verhängnisvoll bekämpft. Jetzt, nachdem die Schwierigkeiten der Institution ziemlich überwunden sind, müssen wir erst recht darauf sehen, daß die Stadt ihre wirtschaftlichen Unternehmungen fest in der Hand behält. Unerwünscht bedauern wir, daß es bei der Straßenbahn immer noch nicht möglich war, diese kapitalistischen Attentate zurückzuweisen. Natürlich gehört es zum Rüstzeug dieser demagogischen Herode des Kapitals, den Berliner Magistrat als total unfähig hinzustellen. Es ist gewiß zutreffend, daß die Stadt Kredit braucht; aber ebenso richtig ist, daß die Stadt gerade gegenwärtig sehr wohl daran tut, Kredite nicht aufzunehmen; nach zwei, drei Jahren wird man uns für diese Taktik dankbar sein. Die Umwidmung in eine A. G. wird hoffentlich mit uns die Mehrheit für die städtische Straßenbahn ablehnen. Die G. m. b. H. Die sie jetzt vermisst, ist ja keineswegs frei von Tadel. Mit dem Verlöbte wird aus angeblich „wirtschaftlichen“ Gründen höchst willkürlich umgesprungen;

wir sehen die G. m. b. H. sich überhaupt äußerst unsozial und reaktionär gebärden.

Wir bringen zur Abstellung der bösesten Mißstände entsprechende Anträge ein. Berlin hat die Pflicht, auch verkehrstechnisch an der Spitze zu marschieren; dazu gehört eine einheitliche Verkehrsart, mit der sich eine monopolistische Stellung der Straßenbahn-Direktion nicht verträgt. Auch dieses Unternehmen muß irgendeiner Kontrolle unterstehen, die nur von einem Verkehrsamt oder einer Verkehrsdeputation wahrgenommen werden kann. Wir stimmen also für den gegenwärtigen Zustand und lehnen den Zufallsbeschluß des Ausschusses ab.

Dr. Michaelis (Dem.) legte sich mit dem bekannten Eifer für die Aktiengesellschaft ins Zeug. — Auch Schwarz (D. Sp.) wollte den prinzipiellen Widerstand der Sozialdemokraten gegen die A. G. nicht begreifen. — Dr. Steiniger (Diet. Sp.) sprach sich für die Form der G. m. b. H. aus, der es gelungen sei, das Unheil von der Straßenbahn abzumenden und das Unternehmen solide zu gestalten; für die nächste Zeit brauche die Straßenbahn auch keinen Kredit. — Nachdem auch Dr. Alexander (Komm.) sich für den Antrag der Sozialdemokraten erklärt hatte, kam dieser mit erheblicher Mehrheit zur Annahme, worauf die Vorlage mit allen Anträgen an den Ausschuss zurückging.

Den Antrag der Kommunisten betr. Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte und Gewährung von Abfindungsummen beim Personalabbau übernahm die Verammlung auf Antrag Caspari mit 100 gegen 88 Stimmen dem Personalabbauauschuß.

Ein Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen, der „im Interesse des wirtschaftlichen Friedens in Berlin und um der Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten“, Maßnahmen zur — Verlängerung der Polizeistunde empfiehlt, tief große Heiterkeit hervor, kommt aber infolge Widerspruch von links erst in der nächsten Sitzung zur Verhandlung.

Die Genehmigung des Ausschusses des Kommunistischen unbesoldeten Stadtrats Leg, der sein Amt niedergelegt hat, lehnte die Verammlung mit 91 bürgerlichen gegen 80 Stimmen der Linken ab; für die Bürgerlichen war entscheidend, daß gegen Leg ein Diszi-

plinarverfahren schwebt, dessen Ausgang abgewartet werden müsse. Bergschick hielt Dörr (Komm.) dem Dr. Caspari entgegen, daß noch heute, nach 6 Monaten, kein Verhandlungstermin angefeht sei.

Die Vorlage wegen vorläufiger Regelung der Haushaltwirtschaft für 1924 ging an den Haushaltsauschuß.

Von den zur Beratung stehenden Anträgen führte derjenige der Kommunisten wegen Gewährung eines Lohnzuschlages für die in der städtischen Blindenanstalt beschäftigten Blinden wiederum zu einer längeren Aussprache, an der sich Rintorf (Komm.) und Genossin Frau Fahrenwald sowie Genosse Stadtrat Hünge beteiligten. Der Antrag verfiel angesichts der Unzulänglichkeit der städtischen Mittel der Abstimmung.

Zurückgestellt wurden die Anträge der Kommunisten betr. Entsendung des Staatskommissars Dr. Weismann, der Deutschnationalen betr. Erneuerungswahlen der Verammlung und der Demokraten betr. den überhöhten Autoverkehr.

Ein weiterer Antrag der Kommunisten, den Sellheim begründete, verlangt statistische Angaben über die Zahl der nach Aufhebung des Belagerungszustandes noch

in Schutzhaft befindlichen Berliner Arbeiter;

auch soll der Magistrat sofort für ausreichende Unterstützung der Familien der Inhaftierten sorgen und sich bei der Reorganisation für die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen verwenden. Zur Unterstützung des Antrages wurde u. a. angeführt, daß 6000 bis 7000 Schutzhäftlinge in Konzentrationslagern untergebracht worden seien; auch auf die Verhaftung von Ramrod wurde hingewiesen.

Der Antrag wurde angesichts der sehr gestrichelten Befehle der rechten Seite in seinen beiden ersten Sätzen angenommen. Die dritte Forderung abgelehnt. — Schluß gegen 1/2 Uhr.

R. E. W. O. G.

In der Erkenntnis, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft eine Entwicklung genommen haben, die auf eine starke Befestigung der Gehalts- und Lohnempfänger hinausläuft, die Wohnungsnot nicht lindert und den Wohnungsbau völlig zum Stillstand gebracht hat, wurde von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund (Afa) und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund am 14. März 1924 eine Reichswohnungsfürsorgengesellschaft, genannt „Rewoog“, gegründet, deren Aufgabe es sein soll, die wirtschaftlichen Interessen der gewerkschaftlichen Mitglieder auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu vertreten. Die neue Aktiengesellschaft ist als eine wirtschaftliche Zentralstelle sämtlicher auf dem Boden des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden Bauvereinigungen und Siedlungsgesellschaften gedacht, die vorzugsweise die Wohnungsversorgung der Beamten, Angestellten und Arbeiter betreiben. Die „Rewoog“ verfolgt satzungsgemäß ausschließlich gemeinnützige Zwecke und hat zum Gegenstand die Förderung des Wohnungswesens durch Beschaffung gesunder und zweckmäßig einrichteter Wohnungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich auf das ganze Reich. Im besonderen hat sich die „Rewoog“ zur Aufgabe gestellt:

1. die Förderung der Gemeinwirtschaft im Wohnungs- und Siedlungswesen,
2. die Vertretung der Interessen der Beamten, Angestellten und Arbeiter gegenüber den Organen des Reiches, der Länder und Gemeinden in allen Angelegenheiten des Wohnungs- und Siedlungswesens,
3. die Beschaffung und Erschließung von Baugelände für Kleinwohnungsgebiete sowie dessen Bereuterung und Vergebung zum Erdbaurecht,
4. die Beschaffung von Baukapital durch Vermittlung von Hypotheken und Zinskonten, die Ausgabe zentraler Anleihen, die Beschaffung von Bürgschaften und Bausparenkassen sowie die Organisation von Kapital, das zum Zweck des Wohnungsbaues gepart wird,
5. die Bearbeitung von Bau- und Siedlungsplänen sowie die Förderung der Normalisierung und Typisierung des Kleinwohnungsbaus,
6. die Vermittlung und Beschaffung von Baustoffen und Bauteilen aller Art sowie die Beschaffung von Hausrat.

Die „Rewoog“ wurde zunächst mit einem Stammkapital von 30 000 Goldmark gegründet. Zum Geschäftsführer der neuen Gesellschaft wurde Stadtbaurat a. D. Dr. Ing. Martin Wagner und

(Nachdruck durch Wolff-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Im Schlafzimmer hing über dem Doppelbett eine rote Ampel, auf der ein gläserner Amor kniete. Den Bogen hielt er noch in den Händen. Den Glaspfeil — Richtung Viebespaar —, der bei brennender roter Ampel blau leuchtend geworden war, hatte Jürgen schon vor Jahren, gleich nach der Rückkehr von der Hochzeitsreise, in der ersten Nacht abgebrochen. Es gäbe Grenzen.

Elisabeth lag schon im Bett, Hände unterm Kopf, als Jürgen aus dem Bade kam. Lächelnd so im Spiel des Lebens drehte sie die hellleuchtende Nachtlampe ab, lächelnd er die andere. Die Ampel glühte rot auf.

Was ist ein Jahr, wenn jeder Tag dem anderen gleich und das Leben ohne Härten ist. . . Ein Tag nur! Ein unbewußter Atemzug! dachte Jürgen nach einem Jahre, das, ausgefüllt mit Arbeit im Bureau, mit Theaterbesuchen, Bilderräufen, Raucherzügen, roter Ampel, Bureau, im Fluge vergangen war. Die Zeit stand, so schnell verging sie. Das Vermögen wuchs. Jürgens Ansehen stieg.

„Du bist im Lebensluhl oder siegst im Bett, und über Nacht bist du um laub'o viel reicher geworden.“ sagte Jürgen scherzend zur Tante, die antwortete: „Du erbst alles.“

Herr Wagner erschien wieder jeden Tag pünktlich im Bureau. Grund zum Klagen gab ihm sein Teilhaber schon lange nicht mehr. Unter Schwieger ist ein braver, tüchtiger Mensch. Die Interessen des Hauses und der Kunden gehen ihm über alles.“ konnte er oft zu seiner Frau sagen, die immer wieder erwähnte: „Aber, daß sie mit der Wohnungseinkünfte nicht zufrieden sind, das ist . . . als das versteht ich nicht. Nun, wenn er nur wenigstens im Geschäft lässig ist.“

Und dies hatte sich wie von selbst gemacht. Allmählich und unmerklich war das Leben zum Bleis geworden, auf dem Jürgen durch die Jahre rollte.

Er war bekannt als großzügiger Philantrop und Mäzen, hatte mit unerschütterlichem Willen schon eine ganze Anzahl Antiquaritäten und Bilder gesammelt und sie einstecken in einem unbewohnten Raum der Villa verwahrt, denn er wollte das alte Palais, das auf dem Hügel, größten Platz der Stadt stand, erwerben und nach seinem Geschmack einrichten.

„Einer sammelt, sein leeres Dasein auszufüllen, Biennige,

die Älter sind, als er selbst, oder kostbare Werke alter oder hervorragende neuer Kunst, oder macht Pastelarbeiten, die im Laufe von Jahren ein kostbares Schweizerhäuschen mit Kim, Sennerrinnen, Röhren und sensternden Burgen werden.“ sagte er zu einem befreundeten Fabrikanten, der eine Riesenvilla nach alter, gotischer Holzplastiken besaß.

„Ja, mein Lieber, etwas muß der Mensch doch haben. Außerdem: ich kaufe billig.“ rief der Fabrikant. „Dann macht's Freude. Wer nicht aufs Geld sieht, der natürlich bekommt heutzutage eine tadellose Sammlung, ganz gleich, welcher Art, auch für und fertig ins Haus geliefert.“

„Einer macht Buddhas Bort.“ Geh an der Welt vorbei, es ist nichts“, zu seiner Weltanschauung, und bleibt in fetter Prachtwohnung mit Bad, Warmwasser, Dampfbeheizung und allem Komfort. Ein anderer gibt, viellecht gar, um das Stimmchen zu beruhigen, Summen für Wohlthatigkeitszwecke oder unterstützt begabte junge Künstler. Ich tue beides und sammle obendrein.“ schloß er in Selbstironie.

Und wenige Monate später sagte er zu demselben Fabrikanten: „Die Lebensauffassung des Bürgers ist folgende: Jeder tue seine Pflicht. Dadurch arbeitet jeder für jeden. Das greift ineinander. So entstehen Reichtum und Kultur des Landes, numerierte Häuser, in denen die Menschen leben, Küchen, Geschirre, Schränke voll Wa'ge, asphaltierte Straßen, Schulen, Ruhe und Ordnung. Welt jeder seine Pflicht tut. Und Obdachlosenheime, Volkshäuser, Gerichtshöfe und Jugendhäuser sind da für diejenigen, die ihre Pflicht nicht tun. . . Schön, daß sein, daß er recht hat. Unserer aber unterscheidet sich von denen, die geradezu plagen vor Selbstgerechtigkeit. Denn Wissen und Geist und Besitz verpflichten zu mehr.“

Und er legte die Hand auf die Krokodillermappe, in der die Notizen zu seinem geplanten Werke „Bürgerlichkeit und Einzelgänger“ lagen. Nach dem Essen las er die Abendzeitung.

Seine Tage rühten auch weiterhin, gesichert und abgedeckt von Gewohnheit und Achtung, ohne kameradschaftliche Ereignisse durch ihn durch und hinter ihn, wie eine verkehrreiche Straße vorbeirollt und zurückbleibt.

Nur noch in den Träumen stand manchmal das vergewaltigte Ich auf, fürte seine grauenvolle Drohung, die nicht mehr bis in das neue Bewußtsein vordringen konnte. Die Entfernung war schon zu groß, und zwischen dem drohenden Ich und dem inneren Ohre Jürgens stand das Erleben vieler Jahre, das, zusammen mit der Millionenfähigkeit des unausgesehenen Strebens nach Erfolg, Genuß und Achtung, das neue Bewußtsein gebildet hatte. Ein fugenloser Schutzwall.

Das Ich drohte. Der Träumende stöhnte. Sah die graue Straße, auf der die Millionen dem Fabrikant der Welt zuschritten, grau und gepenstlich-lautlos. Sah den Gastgeber, neben dem Katharina steht, kaum bemerkbare Ironie im Blick. Und steht sie an: „Sag deine Haare wieder wachsen. Was ist dir denn geschehen, sag mir, was ist dir geschehen.“

Elisabeth blinnte kopfschüttelnd das wildverzerrte Gesicht an, hinter dem das vergewaltigte Ich erfolglos um sein Dasein rang und Tränen durch die geschlossenen Lider schickte, neckte den Stöhnenden, der nicht mehr wußte, was er geträumt hatte.

Erleichtert aufatmend, lächelte er das Leben an, das neben ihm lag. Im Garten schrien die Vögel. Auch die tausend Tapetenbögen des sonnigen Schlafzimmers zwitscherten.

„Was bist du für ein Mensch, du lächelst mit Tränen in den Augen.“

Und Jürgen, wie er ihren durstenden Kopf sanft zu sich zog: „So ist das Leben: zum Lachen und zum Weinen in einem.“ Der Druck war ganz gewichen.

Nach dem Frühstück und dem Bade ging er in den Garten, lag genießend die warme, aromatische Luft ein, betrachtete über den Zaun weg des Nachbars frisch gegossene Salatbeete, die funkeln unter der Sonne lagen, blieb vor jedem Rosenstämmchen stehen, freute sich über die topfgrünen, farbigen Glasgeln, die, von der Sonne getroffen, sein Gesicht dannengroß widerpiegelten, und bekam Lust, an der Wasserleitung weiterzuarbeiten, die anzulegen er vor einiger Zeit begonnen hatte, um seinen Garten mit einer Wassertank zu schmücken. Der Arzt hatte Jürgen körperliche Arbeit empfohlen.

Das Graben und Schaufeln tat ihm wohl. Die zwölf auf Stangen stöckenden Glasgeln bildeten einen Kreis, in dessen Mitte die Wassertank stehen sollte. Die Brunnenfigur, ein lebensgroßer Jüngling in Bronze, erworben von einem jungen, unterstützungsbedürftigen Bildhauer, kniete schon, Kopf geneigt, Hände im Rücken, als wäre er gefesselt, unter dem Schneeballenbusch.

Im Garten nebenan sang der Nachbar die Nationalhymne. Elisabeth, in leichtem Sommerkleide, sah vom Liegestuhl aus ihrem gefunden, starken Manne zu. Rhindchen servierte Butterbrote auf dem Tisch unter dem Ruhbaum, unter dem die Tante häßlich gefesselt hatte. Sie lag im Bett und konnte nicht sterben.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Die preussischen Staatsbetriebe im Staatshaushalt.

In dem preussischen Staatshaushalt für 1924, der soeben fertiggestellt ist, interessiert besonders die Entwicklung der Staatsbetriebe und zwar aus zwei Gründen: einmal weil jetzt, wo wieder ein Haushaltsplan in Goldmark aufgestellt ist, ein Vergleich mit den Vorkriegsjahren möglich ist, dann aber auch deshalb, weil die fortgeschrittenen Ansätze des Privateigentums auf den Staatsbesitz wie ein nur bekämpft werden können, wenn der Nachweis gelingt, daß der Staatsbetrieb, in eine geeignete Form gebracht, dem privatrechtlichen Betrieb durchaus ebenbürtig, wenn nicht überlegen ist.

Der Etat enthält einige bemerkenswerte Neuregelungen: Die bekanntlich, wird die Umstellung der preussischen Bergverwaltung, d. h. die Übertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine Aktiengesellschaft bis zum 1. April d. J. erst zum Teil durchgeführt sein. Die Einnahmen und Ausgaben der auf die Aktiengesellschaft überangegangenen Werke sind nun im vorliegenden Haushaltsplan nicht mehr veranschlagt. An ihre Stelle ist das von der Aktiengesellschaft zu entrichtende Entgelt und der zu erwartende Gewinnanteil getreten. Für die erst im Rechnungsjahr 1924 auf die Aktiengesellschaft übergehenden Staatswerke wird ein Ueberschusshaushalt in vereinfachter Form vorgelegt, der nur den Reinerüberschuss und die auf die restlichen Werke entfallenden Beamtengehälter und einmaligen Ausgaben enthält.

Dem Netto-Voranschlag seien die nachstehenden wichtigsten Zahlen entnommen: Es sollen erbringen die Domänen 4,3 Millionen Goldmark gegenüber 15,7 Millionen im Jahre 1913. Hier machen sich insbesondere auch die Folgen der Gebietsabtretungen bemerkbar. Die Forsten dagegen bringen 142,8 Millionen, d. h. 78,7 Millionen mehr als im Jahre 1913. Die Lotterieverwaltung kann nach der bisherige verminderte Nachfrage nach Loten herabgesetzt werden auf noch 0,1 Millionen gegenüber 12,4 Millionen gegen früher abzuwerfen. Bei der Preussischen Staatsbank wird der Geschäftsgewinn nicht eingestellt, sondern zur Verstärkung des durch den Währungsverfall entwerteten Geschäftskapitals verwendet. Der Ueberschuss betrug 1913 5,1 Millionen. Die Röhre bringt 0,7 Millionen, d. h. 500.000 Mark mehr als 1913. Der Ueberschuss des Betriebes der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung war für 1913 auf 20,2 Millionen veranschlagt, dem für 1924 nur 5,1 Millionen gegenüber. Diese Verschlechterung ist darauf zurückzuführen, daß die ertragreichsten staatlichen Gruben an der Saar und in Oberschlesien der staatlichen Ausbeutung entzogen und nur die schon in der Vorkriegszeit als wenig ertragreich geltenden Bergwerke des Bezirks Niederschlesien dem Staat vorläufig verblieben sind. Weitere Einnahmen in Höhe von 4,6 Millionen Goldmark werden aus den auf die Preussische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft überangegangenen Werken an Beiträge und Dividenden und 0,1 Millionen als Anteil an dem Reinerüberschuss der mit Schaumburg-Lippe betriebenen Steinkohlenbergwerke bei Oberkirchen erwartet. Die Porzellanmanufaktur wirkt 0,1 Millionen und der „Reichs- und Staatsengel“ 0,7 Millionen, d. h. 0,5 Millionen mehr als 1913 ab.

Im ganzen machen die veranschlagten Reinerträge der Betriebsverwaltungen 148,7 Millionen gegenüber 127,1 Millionen im Jahre 1913 aus. Sie sind also wesentlich größer als im letzten Vorkriegsjahr. Zu diesen erhöhten Beträgen der Betriebsverwaltungen kommen noch Steuern und Abgaben im Betrage von 984,2 Millionen gegenüber 498,3 Millionen direkte Steuern und Zölle und indirekte Steuern im Jahre 1913; insgesamt also 1.075,9 Millionen Mehreinnahmen der Betriebsverwaltungen und Steuern als 1913.

Die Gründung der „Sächsischen Werke A.-G.“

Der sächsische Landtag hatte in seiner Sitzung vom 17. Januar der Umgestaltung der staatlichen Elektrizitäts- und Braunkohlenunternehmen und des staatlichen Steinkohlenwerkes in eine Aktiengesellschaft unter der Firma Sächsische Werke zugestimmt. Nach Erledigung der notwendigen Vorbereitungen für die Überführung dieser staatlichen Unternehmungen in die neue Aktiengesellschaft konnte dieser Tage deren konstituierende Generalversammlung abgehalten werden. An die Spitze der Gesellschaft wurden als Vorstand Dr. Wilhelm Hörle und Kaufmann Hille aus Dresden berufen. An der Spitze des Aufsichtsrats

steht der Finanzminister Reinhold, dem als stellvertretende Vorsitzende Ministerialdirektor Dr. Ing. Just und Oberberghauptmann Dr. Ing. Fischer zur Seite stehen. Ferner gehören dem Aufsichtsrat hervorragende Vertreter des Handels und der Industrie sowie des gesamten Wirtschaftslebens an.

Zur Durchführung des geplanten Ausbaus soll eine Kette von 50 Millionen Goldmark aufgenommen werden, die durch erhaltene Hypotheken auf den Kohlenvorkommen und dem Grundbesitz der Gesellschaft gesichert wird. Als erste Ausgabe wird ein Teilbetrag von 10 Millionen Goldmark in Schecks von 50, 100, 200, 500 und 1000 Goldmark in den nächsten Tagen aufgelegt werden. Ne vom 1. April 1924 ab mit 10 Proz. verzinslich sind.

Reparationszahlung durch Einfuhr. Als einzige Möglichkeit der Reparationsleistung wurde immer die Einfuhr deutscher Waren bezeichnet. Eine englische Zeitschrift „The New Statesman“ wirft die Idee auf, einen Teil der Reparationslast durch Einfuhr abtragen zu lassen. Wie ist dies möglich? Deutschland wird keine handelspolitische Freiheit, im nächsten Jahre wiederzugewinnen und seine Zölle frei bestimmen können. Es ist zu befürchten, daß es — an Stelle der bisherigen Einfuhrverbote und Beschränkungen — zu einem Hochschutzzollsystem übergehen wird. Die Schwerindustrie ist immer für Hochschutzzoll, wenn auch dieses ihr Interesse durch ihre neu erworbenen ausländischen Verbindungen etwas abgeschwächt wurde. Die Landwirtschaft verlangt stürmisch hohe Schutzzölle auf Agrarprodukte. Der Staat aber wird auf die Einnahmen aus den Zöllen aus finanziellen Gründen nicht verzichten wollen. Nun geht der erwähnte Vorschlag dahin, Deutschland einen Teil der Reparationszahlungen in Form des Freihandels (oder ermäßigter Zölle) zahlen zu lassen, damit, daß die kapitalistischen Zölle von der Reparationssumme in Abzug gebracht werden. Eine solche Lösung würde sowohl den internationalen Verkehr fördern, wie auch den deutschen Verbrauchern zugute kommen. Gleichzeitig wäre sie eine wirksame Propaganda für den Freihandel und für die Niederbrechung der Schranken zwischen den europäischen Ländern.

Die „Rote Fahne“ und Stinnes. Kürzlich wiesen wir darauf hin, daß durch den Vertrag zwischen dem russischen Rappahinshilf und dem Stinnes-Konzern über Petroleumlieferungen nach Deutschland und der Tschechoslowakei eine eigenartige Ge-

meinschaft wirtschaftlicher Interessen zwischen denjenigen herbeigeführt wird, die täglich sozialdemokratische Arbeiter als „Stinnes-Knechte“ hinstellen und denjenigen, die mit Antisozialdemokratie durch die ihnen ergebenden Blätter das Bürgerium dauernd in Spannung gehalten. Das Organ der SPD. hat natürlich auf diese Feststellungen mit ebenso unwürdigen Unterstellungen wie inhaltlosen Schimpfen geantwortet, nur dabei sich Mühe gegeben, die Haltung der sozialistischen Behörden zu bedecken. Jetzt kommt die Meldung einer bürgerlichen Telegraphenagentur, wonach Stinnes kein Exportmonopol von Rußland gegeben worden sein soll, ein großer Lieferungsvertrag mit ihm jedoch abgeschlossen worden ist. Dadurch löst sich die „Rote Fahne“ bemüht auf der Mitteilung, es sei wieder eine „Vorwärts“-Hehe zusammengebrochen. Man kommt also zu dem Schluß, daß Sowjetrußland zwar vollständig recht hat, wenn es mit Stinnes paktiert, daß aber die deutsche „Rote Fahne“ es als eine Hehe empfand, wenn man aus derartigen Tatsachen die notwendigen Schlüsse zieht. Im übrigen ist das Dementi aus Moskau nicht mehr und nicht weniger wert, als die von Stinnes selbst durch die „D.N.Z.“ verbreitete Nachricht, daß er tatsächlich das Exportmonopol für Deutschland, die Tschechoslowakei und Standanien erhalten hat. Der Nachricht der „D.N.Z.“ widerspricht die „Rote Fahne“ mit keinem Wort. Nur die „Hehe des Vorwärts“ ist zusammengebrochen. Spricht nicht schon aus dieser Gegenüberstellung eine stärkere Verwandtschaft des Stinnes mit der SPD., als sie die „Rote Fahne“ sich selbst eingestehen möchte?

Ein neuer Zollvertrag mit der U.S.A. Zwischen den am Vordring ins besetzte Deutschland interessierten Bierbrauereien und der Rheinlandkommission wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, nach der die bisherige Ausfuhrabgabe von 10 Proz. auf 4 Proz. herabgesetzt wird.

Ein Rekordjahr für den Wolllhandel. Die Statistiken des internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom stellen laut „Konfessionär“ fest, daß das Jahr 1922 im Wolllhandel ein Rekordjahr war, dessen Fiktion weder in den Jahren vor dem Kriege noch annähernd erreicht wurden. Die Weltwolllindustrie konzentrierte sich nur auf 5 Länder der Erde, nämlich England, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Deutschland und Belgien. Die fünf Staaten haben im Jahre 1922 86 Proz. der Gesamtproduktion verbraucht. Von der Weltproduktion wiederum entfielen 57 Proz. auf Australien, Neuseeland, die Südafrikanische Union, Argentinien und Uruguay. Für 1923 werden entsprechende Zahlen erst im Herbst 1924 zu erlangen sein. Nach den bisherigen Schätzungen werden jedoch die Ergebnisse des Jahres 1922 kaum erreicht werden.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Bari n.

Gerstengraupen, lose ..	16,70—17,25	Malzkeftee, gepackt ..	25,00—28,00
Gerstengraupen, lose ..	16,00—17,00	Röstegetreide, lose ..	16,00—17,00
Hafergrütze, lose ..	15,75—16,00	Kakao fettarm ..	100,00—125,00
Hafergrütze, lose ..	16,00—16,50	Kakao leicht entölt ..	120,00—135,00
Bo-gemehl 0/1 ..	12,75—14,00	Tea, Souchon, gepackt ..	350,00—420,00
Weizenmehl ..	18,00—18,50	Tea, indischer, gepackt ..	425,00—500,00
Hafermehl ..	27,00—28,50	Indiansüßzucker-basis met ..	40,— 42,00
2 % Weizenmehl ..	14,50—16,00	Indiansüßzucker Raffinade ..	45,00—44,50
Weizen-Auszugmehl ..	17,00—18,00	Zucker-Würfel ..	48,— 48,00
Speisebrenn, Viktoria ..	19,00—22,75	Kunsthonig ..	48,— 48,00
Sonserbrenn, kleine ..	14,50—17,00	Zuckerstrop hell in Elm ..	48,00—
Bohnen, weiße, Peri ..	22,25—24,00	Speisebrenn dunkl in Elm ..	33,00—35,00
Landbohnen handelsverf. ..	3 1/2—3 1/2	Marmelade Einf. Erdb ..	105,00—130,00
Linse, kleine ..	26,00—28,00	Vanilleis Vierfrucht ..	48,00—55,00
Linse, mittel ..	26,50—27,00	Pflaumenmus in Eimern ..	46,00—50,00
Linse, große ..	43 0/— 49 1/2	Stemnat, lose ..	3,4— 4,00
Kartoffel mehl ..	16,0— 18,00	Siedesalz, lose ..	4,20— 4,50
Makkaroni ..	40,00—45,00	Bratenschmalz in Tierces ..	65,00—
Makkaroni-mehl ..	37,00—39,5	Bratenschmalz in Kübeln ..	69,00—
Schneitmoder, lose ..	21,00—25,00	Porelard in Tierces ..	67,00—
Bruchreis ..	15,25—17,50	Porelard in Kisten ..	68,00—
Randooon Reis ..	17,00—19,50	Speisealg in Packung ..	46,00—50,00
Tafelreis, asiatisch, Patna ..	27,00—31,00	Sonieralg in Kübeln ..	56,00—48,00
Tafelreis, java ..	31,00—36,75	Margarine, Handelsm. I ..	56,75—
Risoblanke, amerik. ..	110,0—120,00	desgl. II ..	48,00—52,00
Geir Pflaumen 50/100 ..	43,00—48,00	Margarine, Spezialm. I ..	74,00—
Pflaumen, entsteint ..	51,00—60,00	desgl. II ..	60,00—65,00
Cal. Pflaumen 40/5 ..	60,00—65,00	Molkereibutter I. Fassern ..	200,00—
Rosinen in Kisten, Candia ..	75,00—95,00	Molkereibutter in Pack ..	210,00—
Sultana in Carab. rnu ..	85,00—95,00	Landbutter in Fassern ..	170,00—
Karab. choice ..	80,00—85,00	Landbutter in Packungen ..	175,00—
Mandeln, süße Bari ..	145,00—160,00	Auslandbutter ..	200,00—210,00
Mandeln, süßere Bari ..	155,00—170,00	Cornd. best 12 1/2 lbs p. K ..	35,00—36,00
Zimt (Cassia) ..	118,00—128,00	sch. vanillin, fett ..	42,00—67,00
Nutm. holländischer ..	18,75—195,00	Quarkkäse ..	48,00—50,00
Schwarzer Pfeffer sngap. ..	95,00—175,00	Quarkkäse ..	35,00—50,00
Weißer Pfeffer ..	130,00—141,00	Illster Käse, vollfett ..	115,00—125,50
Rohkaffee Brasil ..	180,00—215,00	Aust. ungeruck. Condensmilch 48/16 ..	23,00—25,00
Rohkaffee Zentralamerika ..	240,00—300,00	in. indische desgl. 48/12 ..	18, 0—19,50
Rohkaffee Brasil ..	240,00—287,00	inl. ger. Condensm 48/14 ..	28,50—29,50
Rohkaffee Zentralam. ..	32,00—400,00		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Continental-Regenmäntel für Damen, Herren, Kinder. In sämtlichen Geschäften erhältlich.

Achten Sie bitte auf diese Schutzmarke!

Continental Regenmäntel

So gut wie Continental-Reifen!

SÜNDLICHKEIT

gesehen-gekauft-gewaschen-zufrieden!

Bega SEIFENPULVER

Bei Anwendung von Bega Seifenpulver wird Ihre Wäsche so rein!

Garantiert ohne Chlor

28 Prozent Fettgehalt

Verlangen Sie nur Bega, wo nicht erhältlich erfrage man Bezugsquellen beim

BEGA-VERTRIEB Berlin S. 14
Merkur 8191 Alie Jakobstraße 93 Merkur 8191

Heute Freitag
nachmittags von 4 bis 7 Uhr
Extra-Angebot

Gabardinkleider reine Wolle in vielen Farben, modernen Formen 26.50 19.50
Dunkelblaue Cheviotkostüme modern verarbeitet, reine Wolle, ganz gefärbt .. 24.50
Jumper aus Kaschmirseide und Wolle zum Teil Handarbeit ... 7.80
Sportjacken für Herren und Damen aus prima Wolle ... 11.90
Sportler's. Cheviot-Kindermantel mit farbiger Gr. 60-70 75-85 90-100 11.50
Farbige Damen-Trikohandschuhe Lace steppert 7.50 9.50
Angestrebte Hemden u. Bekleid. Paar .. 2.30 1.80

Großer extra billiger Verkauf
von
Teppichen, Gardinen, Läuferstoffen.

Diwanddecken 100/100 moderns 13.75 | Felle gefüllt .. 9.75 8.25
n. Perser Muster

ENGEL

LANDSBERGERSTR. 85, 86, 87

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.

Rekannmachung: Der durch den Kassenausschuss am 23. Februar 1924 beschlossene 14. Wahrtag zur Ergänzung des dem Oberverwaltungsamt Berlin mit Ausnahme des § 114 am 26. Februar 1924 unter II B K 122/24 genehmigt worden und am 1. März d. J. in Kraft getreten. Es werden sich somit nur die 59 49 betr. Mitglieder der Beiträge auf 70, vom Hundert des Grundlohns und 66 betr. Beamtendrang der Zahl der Auszubildenden. 1094 Berlin-Steglitz, den 16. März 1924 Der Vorstand: Kretschmer, Vorsitzender.

Kapitan-Kautabak
unvermischt im Wohlgeschmack. Nur echt mit Firmenstempel in den meisten Geschäften käuflich. Für Wiederverkäufer durch C. Röcker, Berni, Ullrichstr. 21 (Tel. 3021)

Bureaumöbel!
Welche Tischlerei liefert mir laufend?
Angebot von Gerhardt, Schöneberg Str. 10.

Leder - billig!
Siegener Sohl.-Gronpons.
Freundenberg-Lad.
Rote u. braune Oberleder.
Berthold Kuttner
Reichenbergerstr. 14. (1-3 ordl.)

Garderobe
auf Teilzahlung

Herren-Damen-
Anzüge, Schüpler, Kleider, Mäntel, Hosen, Röcke, Strick d. u. Westen
Regenmäntel
Große Auswahl

Täglich Eingang von Neuheiten
Kleinste Anzahlung
Billige Preise

Kläster erhält sofort die Garderobe ausgehändigt

Gebr. Kassner, Bülowstraße 6
am Nollendorferplatz

Dezimalwagen
Tafelwagen, Gewichte, Sittlichkeitswagen, Innenlager
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
(Tel. 10000)

Burmer
vertritt alle als üblichen Einweidewürmer
175, Kinder 1.140
Görzle gegen Wurm-
krankheiten
nach alter Weise
Salbe Markt 075 in
Dresden, Jona der
Orto Refektor, Berni 1,
150, Gieselerstr. 1

Zentrum und Mietsteuer.

Bei den Beratungen über die dritte Steuernotverordnung im Reichstage hat die Sozialdemokratie von Anfang an mit dem größten Nachdruck ihre sachliche Gegnerschaft gegen die Mietsteuer dargelegt. Zugleich hat sie darauf verwiesen, daß mit der Uebertragung der Mietsteuer an die Länder die Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung nicht abnehmen, sondern erheblich zunehmen. Die Erfahrungen, die jetzt bereits vorliegen, haben das bestätigt. In Preußen, wo mit Hilfe der Mietsteuer ein Defizit im Etat von fast einer halben Milliarde Mark gedeckt werden soll, haben bisher die Verhandlungen über die Mietsteuer noch kein greifbares Ergebnis gezeigt.

Die „Germania“, die seit dem Wechsel in ihrem Aufsichtsrat zu einem Organ geworden ist, das dauernd schwerindustriellen Einflüssen Vorschub leistet, nimmt nun zu dieser Frage Stellung. Bei allem Bestreben, die Mietsteuer zu rechtfertigen, kann sie doch nicht umhin, ihre Wirkung als „sozial geradezu revolutionär“ zu bezeichnen. Trotzdem verlangt sie, daß die Mietsteuer geschluckt werde.

Die Art, wie sie dieses Verlangen, das nach den eigenen Worten der „Germania“ „sozial geradezu revolutionär“ wirken wird, begründet, erfordert aber schärfste Zurückweisung. Sie bezieht die Sozialdemokratie, die Frage unter „wahltechnischen Gesichtspunkten“ zu betrachten, und verlangt, daß unter „Zurückdrängung agitatorischer Gesichtspunkte“ gearbeitet werde. Das sind niedrige Unterstellungen. Für sie findet man nur dann eine Erklärung, wenn man berücksichtigt, daß das Zentrum für sei. : unsoziale Politik eine Entschuldigung vor den minderbemittelten Schichten seiner eigenen Wähler braucht.

Völlig haltlos sind die sachlichen Argumente, die die „Germania“ ins Feld führt. Sie schreibt:

„Die Frage der Mietsteuer hängt bei der gegenwärtig schwierigen Finanzlage des Reiches aufs engste mit der Frage zusammen, ob die Massen wieder eine Inflation haben wollen oder nicht!“

Die „Germania“ möge die Frage beantworten: Wann haben die Massen jemals eine Inflation haben wollen? Die Inflation haben die kapitalistischen Kreise unseres Volkes herbeigeführt und gebildet, solange es ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen dienlich war. Sie haben dabei die Unterstützung gewisser Teile des Zentrums gefunden, die mit Schuld daran sind, daß es nicht früher zu einer Beendigung der Inflation gekommen ist. Die Massen wollen selbstverständlich auch jetzt keine Inflation. Und der versteckte Vorwurf der „Germania“, daß sie durch die Ablehnung der Mietsteuer herbeigeführt werde, ist absolut unbegründet. Warum hat die „Germania“ nicht diesen Vorwurf erhoben, als unter der Führung des Zentrumsagrars Heroold die preussische Grundsteuer ausgehöhlt werden sollte? Warum erhebt die „Germania“ diesen Vorwurf nicht gegen diejenigen agrarischen, industriellen und Börsentseile, die in immer stärkerem Maße gegen bestehende Reichsteuern Sturm laufen? Für diese Kreise gilt anscheinend der Satz des Zentrums-Wahlaufrufs nicht, der da sagt: „Kein Opfer darf uns zu groß erscheinen, um einen neuen Verfall der Währung vorzubeugen.“ Das gilt anscheinend nur für diejenigen, die durch jahrelange Opfer an die Leistung von Lasten gewöhnt sind.

Der „Germania“-Artikel verwarft sich ferner dagegen, daß die Mietsteuer lediglich zu einem Agitationsmittel gemacht wird, „ohne gleichzeitig mit einem anderen Plan zur Behebung der allgemeinen Not des Staates zu kommen“. Dieser Plan liegt vor. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag die Erhebung der Mietsteuer durch Zuschläge zur Vermögenssteuer verlangt. Daß dieser Plan jetzt nicht zur Verfügung steht, ist mit Schuld des Zentrums, das, um seine Beratung zu verhindern, die Auflösung des Reichstages herbeigeführt hat. Damit ist aber die Frage der Erhebung der Mietsteuer durch Vermögenssteuern noch lange nicht erledigt. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß der neue Reichstag die Entscheidungen trifft, denen die bürgerlichen Parteien durch die Auflösung des Reichstages ausgewichen sind.

Die „Germania“ behauptet ferner, in der Mietsteuer seien noch soziale Gesichtspunkte enthalten. 10 Proz. des Gesamtkommens sollen zur Herstellung neuer Wohnungen verwendet werden, und die mit der Mietsteuer verbundene Erleichterung der Wohnungswirtschaft werde zu einer Belebung des Baumarcktes führen. Es ist zunächst das Eingeständnis festzuhalten, daß die Mietsteuer der Anfang der freien Wohnungswirtschaft darstellt. Sie wird keineswegs zu einer Belebung des Wohnungsbaues führen und vor allen Dingen werden keine Kleinwohnungen gebaut werden, an denen der größte Mangel besteht. Denn selbst die lächerlich geringen Beträge, die aus der Mietsteuer für Wohnungsbauzwecke abgezweigt werden sollen, werden als Hypotheken für Bauzulage gegeben. Das heißt: die Masse der Mieter muß für solche Personen, die über nennenswerte Mittel zum eigenen Wohnungsbau verfügen, die Zuschüsse ausbringen. Und das heißt dann in der Zentrumsprache „sozial“!

Schließlich lehnt sich die „Germania“ dafür ein, daß die Belastung „so erträglich wie möglich“ gemacht werde. Wie soll das ober erreicht werden?

„Es wäre also z. B. zu erwägen, ob die Steigerung zur vollen Höhe der Friedensmiete auf noch größere Zeiträume zu verteilen ist.“

Wie gnädig doch das Zentrum ist, wenn es sich um die Belastung der Mieter handelt! Die volle Friedensmiete soll nicht auf einmal erreicht, sondern auf größere Zeiträume verteilt werden. Das ist alles, was das Zentrum für die großen Schichten der minderbemittelten Bevölkerung übrig hat. Als es sich in der Vorwoche im Reichstage darum handelte, die Neuwahl zum Reichstag am 12. April abzuhalten, da ist vom Zentrum ein Gesetzentwurf eingebracht worden, durch den die Unternehmer gezwungen werden sollten, den Arbeitslohn für diesen freien Tag zu zahlen. Das Zentrum hat damit eingestanden, daß es gesetzgeberische Möglichkeiten gibt, um durch den Staat hervorgerufene Lasten auf die Unternehmer abzumwälzen. Warum handelt das Zentrum bei der Mietsteuerbelastung nicht ebenso? Warum erklärt es sich nicht bereit, dafür einzutreten, daß die durch



Held und Jungfrau

Ludendorff am 8. Novbr. 1923 im Bürgerbräu Keller:

Ich führe Euch zum hellen Krieg, Mit Hakenkreuz und Bismarck! Und ob ich auf dem Bauch auch liegt, Auf nach Berlin! Marisch, marisch! hurra!

Derselbe am 18. März 1924 vor dem Volksgericht:

Ach nein, ach nein, ich bitte sehr, Ich bin die Jungfrau tugendhaft, Ich halt' ein einziges Kindchen nur Und weiß noch heut nicht, wie es kam!

die Mietsteuer den Arbeitern, Angestellten, Beamten und Rentnern auferlegten Lasten von der Wirtschaft und den öffentlichen Körperschaften getragen werden?

Aber gerade das will man ja nicht. Die Mietsteuer soll eine Belastung des Arbeitseinkommens und der Renten sein, damit eine Belastung der leistungsfähigen Schichten der Bevölkerung vermieden werde. Und für dieses Ziel machen das Zentrum und die übrigen bürgerlichen Parteien die großen Anstrengungen, die immer ausgeblieben sind, wenn es sich um Lasten für den Besitz gehandelt hat.

Deutschvölkische Schutzollpropaganda. Zuchthaus für billiges Brot.

In der „Deutschen Zeitung“ findet sich ein Artikel, der in erschreckender Offenheit die geheimsten Wünsche der deutschvölkischen Agrarier in der Brotversorgungspolitik aufdeckt. Wörtlich steht da zu lesen:

„Der marxistische Reichstag ist nach Hause geschickt; es kann also niemand die bürgerliche Koalitionsregierung hindern, ihr Wort: „Schutz der heimischen Erzeugung“ einzulösen. Sie, die so schöpferisch in Notverordnungen auf Grund der Ermächtigung ist, muß unverzüglich anordnen: „Wer ausländisches

Getreide einführt, zahlt je Tonne 20 bis 50 M. — je nach Art — Sonderumsatzsteuer. Verkäufer und Käufer halten gemeinschaftlich. Auf Umgehung und Hinterziehung steht neben Geldstrafen in unbegrenzter Höhe und Zuchthaus bis zu zehn Jahren Fortnahme des gesamten Vermögens. Eine zweite Verordnung müßte die Reichsgetreidestelle von den Leistungen des Deutschen Landwirtschaftsrates abhängig machen zwecks Abmahnung des Getreideeinfuhrmonopols der Landwirtschaft.“

Man beachte: Die Getreideeinfuhr soll unter schwerster Strafe genommen werden! Nichts anderes bedeutet die Belastung der Getreideeinfuhr mit Sondersteuern bis zu 50 Proz. des gegenwärtigen Preises. Besonders pikant ist es, daß man ganz im Geiste des Antrages Raths des Reichstages die Reichsgetreidestelle dem Deutschen Landwirtschaftsrat, einer reinen Interessensvertretung der Großagrarier, überantwortet will. Das schönste aber bedeutet die Androhung von Zuchthausstrafe und Vermögenskonfiskation gegen solche Leute, die es wagen sollten, dem deutschen Volk billiges Brot oder billige Semmeln anzubieten. Gegen die Leute, die mit der Markt Schindluder getrieben haben, brachten die Deutschvölkischen ebensowenig wie die Deutschnationalen ähnliche Maßnahmen in Vorschlag.

Während die deutschvölkischen Heiden auf der einen Seite gegen die Juden toben und dabei vorgeben, den Wucher bekämpfen zu wollen, fordert man hier ganz unverblümt die wucherische Verteuerung des Brotes ohne Rücksicht auf die Folgerungen, die sich daraus für die Mehrheit des deutschen Volkes insbesondere für die Industriearbeiter, ergeben. Wucher für die eigene Tasche scheint im deutschvölkischen Ehrenkodex eine ebenso erlaubte Sache zu sein, wie der Mord an politischen Gegnern.

Orakelsprüche der Volkspartei.

Nationale Einstellung — Positive Mitarbeit.

In der „Zeit“ stellt der Fraktionsvorsitzende der Volkspartei Dr. Scholz Betrachtungen über den verflorenen und den kommenden Reichstag an, die, was ihre Inhaltlichkeit angeht, an die berühmten griechischen Orakelsprüche erinnern. Zweck dieser Uebersetzung ist es, folgende „Grundsätze“ für die kommende Regierung aufzustellen: „die nationale Einstellung des Volkes unter Ablehnung von den internationalen Bestrebungen, die sich in den verflorenen Jahren als völlig unfruchtbar erwiesen haben und andererseits die Ueberzeugung, daß nur positive Mitarbeit am Staate, die für jede Partei Pflicht ist, uns einer besseren Zukunft entgegenführen kann.“

Herr Scholz hat schon einmal bewiesen, was er unter positiver Mitarbeit versteht. Er trat — von seiner Partei eifrig als Fachmann gepriesen — als Wirtschaftsminister in das Kabinett Fehrenbach ein. Die Erfolge waren so hinreichend, daß das Kabinett Fehrenbach sehr bald wieder in der Verlesung verschwand. Und was die nationale Einstellung des Herrn Scholz betrifft, so darf daran erinnert werden, daß er einer der eifrigsten Akteure hinter den Kulissen der ersten Krise des Kabinetts Wirth war. Was damals — übrigens sehr gegen den Willen des Führers der Volkspartei Dr. Stresemann — für Unheil angerichtet wurde, ist bekannt. Sollte Herr Scholz mit seiner „nationalen Einstellung“ und „positiven Mitarbeit“ jetzt ähnliches beabsichtigen, so liegt das ganz auf der Linie, die die Nationalliberale Vereinigung verfolgt und die Außenminister Dr. Stresemann bekämpft. In der Tat eine nette Mitarbeit am Staate im nationalen Sinne!

Außenpolitisches Verantwortungsgefühl.

Eine Kriegsbrede von Herat.

Der Ruf der Deutschnationalen und der „Nationalliberalen Vereinigung“ in der Deutschen Volkspartei nach einer Rechtsregierung in Deutschland bedeutet eine schwere Schädigung der außenpolitischen Stellung Deutschlands. Er galvanisiert die chauvinistischen Bestrebungen in den Ländern der Alliierten. Er liefert denen, die keine vernünftige Verständigung mit Deutschland wollen, die Vorwände, hinter denen sie ihre eigenen machtpolitischen Absichten verdecken. Er stört die Bemühungen, zu einer vernünftigen Regelung der Reparationsfrage zu kommen, auf das empfindlichste. Er offenbart statt eines ehrlichen Verständigungswillens die Gesinnung der Feindschaft und des Hasses, die nicht Verständigung, sondern Konflikt will — jene Gesinnung, die den Sachverständigen des Dames-Ausschusses von einem Teil der deutschen Schwerindustrie entgegengebracht wurde, die namentlich bei den amerikanischen Vertretern nach ihrem eigenen Urteil tiefe Enttäuschung hervorrief.

Wer die Verständigung will, der muß den Chauvinisten jenseits der Grenze alle Vorwände entziehen. Der muß dem Bloc national in Frankreich das Argument nehmen, daß eine einigermaßen vernünftige wirtschaftliche Lösung der schwebenden Fragen unmöglich sei. Der darf nicht das Schwert in die Munde führen und die deutsche Außenpolitik auf Bluff aufbauen. Was aber wollen die deutschen Rechtsparteien und was tun sie?

Wollen sie die Verständigung in Europa auf der Grundlage einer vernünftigen wirtschaftlichen Lösung — das heißt: wollen sie Erfüllungspolitik treiben? Das ist die Kernfrage. Die deutschen Rechtsparteien weichen der klaren Verantwortung dieser Frage systematisch aus. Sie geben statt eines klaren außenpolitischen Programmes unbestimmte nationalistische Phrasen. Was ist ihr außenpolitisches Programm?

Im „Lokalanzeiger“ von gestern abend steht zu lesen:

Herr Poincaré befragt von einer Rechtsregierung in Deutsch-

MAGGI Suppen helfen Kohlen und Gas sparen.

Denn je nach Sorte geben sie in 10 bis 20 Minuten mühelos, ohne weitere Zutat, wohl-schmeckende, nahrhafte Suppen. Viele Sorten wie: Eiernudeln, Eiersternchen, Erbs, Erbs mit Speck, Ochschwanz, Reis, Pilz usw. tragen jedem Geschmack Rechnung.

Man achte auf den Namen **MAGGI** und die gelbrote Packung.



and, daß er kein bisheriges Spiel der Rechtsbrüche und der Drohungen nicht mehr so erfolgreich werde weiterspielen können, weil eine nationale deutsche Regierung nicht so willig in die Knie brechen wird wie die bisherigen demokratischen."

Die Auslassung spiegelt die allgemeine Stimmung der Rechten wider, an Stelle einer klugen Verständigungspolitik eine Politik des Widerstandes zu treiben. Wie aber, wenn eine derartige Politik neue Repräsentanten der Gegenseite hervorruft und Poincaré's Anschlag zu neuen militärischen Abenteuern führt? Was soll dann geschehen? Auf diese Frage sind die Parteien der Rechten bisher immer ausgefallen. Nun aber hat Herr Hergt, der Parteichef der Deutschnationalen, auf dem öffentlichen deutschnationalen Parteitag sich auf diese Frage deutlicher geäußert. Nach einem Bericht der Telephon-Liga sagte er:

"Das deutsche Volk habe schon klamat unter der Regierung eine Gelegenheit gehabt, aktive Außenpolitik zu treiben. Der passive Widerstand hätte damals bis zum aktiven Widerstand und, wenn nötig, bis zur Offensive ausgedehnt werden müssen."

Das ist die Außenpolitik, die eine kommende Rechtsregierung in Deutschland betreiben soll! Statt der Verständigung in Europa neuen Krieg! Man weiß nicht, worüber man mehr erschrecken soll: über die Verantwortungslosigkeit, die so leichtfertig von aktivem Widerstand, ja von Offensive redet, oder über die Naivität in militärischen Nachfragen, die aus dieser Äußerung spricht. Rechtsregierung heißt also Herrschaft der Desperatopolitiker, die das deutsche Volk in endgültigen, blutigen Untergang reißen wollen. Wahrhaftig, Hindenburg, der trotz der furchtbaren Bedingungen des Waffenstillstandes Ende 1918 auf den Abbruch drängte, um Tausenden von Deutschen das Leben zu erhalten und um unnütze Opfer zu vermeiden, dachte menschlicher und politischer klüger als Herr Hergt, der Helotomben zahlloser Opfer zu Ehren der falschen Politik der Deutschnationalen darbringen will.

Das aber, was Hergt in Ostfildern sagte, ist gerade das, was Poincaré hören will. Herr Hergt liefert dem Nationalen Block das Wahlprogramm. Und wenn der Nationale Block bei den französischen Wahlen siegt, wird Herr Hergt, der ihm gehalten hat, in Deutschland nun erst recht Katastrophopolitik betreiben. Am Ende solcher Entwicklung steht ein neuer europäischer Brand, der Untergang des deutschen Volkes, ja Europas! Eine Partei, die wie die Deutschnationalen, solche Wege betritt, ist bar jedes außenpolitischen Verantwortungsgefühls — aber auch bar jedes Verantwortungsgefühls gegenüber dem eigenen Volke.

Gegen die "Nationalliberale Vereinigung" wendet sich ein Brief der Ortsgruppe Dortmund der Deutschen Volkspartei, der die Auflösung der Vereinigung und den Ausschluß widersprechender Mitglieder aus der Partei verlangt. Im Wahlkreis Bielefeld (Dortmund) ist auf der Liste der Deutschen Volkspartei die dritte Stelle, die bisher mit dem Abgeordneten Duong, dem Geschäftsführer der Nationalliberalen Vereinigung, besetzt werden sollte, offen gelassen. Das bedeutet zugleich eine Abgabe an den Stimmenkandidaten Dr. Wögler, der die Besetzung der dritten Stelle mit Dr. Duong dringend verlangt hatte.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz.

Die gestrige Sitzung des Landtags eröffnete Präsident Deinetz mit einer Ansprache an den Vizepräsidenten Dr. Farsch, der vor 40 Jahren am 20. März 1884 für den Wahlkreis Breslau zum ersten Male in die preussische Volksvertretung gewählt wurde und seit dem 27. März 1908 ununterbrochen als erster Vizepräsident fungierte.

Bei Fortsetzung der zweiten Beratung des Ausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz wird der § 2 über die Bezirksabgrenzung, wonach für jeden Stadt- und für jeden Landkreis ein Jugendamt zu errichten ist, in Berlin für jeden Verwaltungsbezirk, unter Ablegung eines kommunalistischen Änderungsantrags unverändert in der Ausschussfassung angenommen.

Nach § 6 in der Ausschussfassung gehören dem Jugendamt an ein bis vier leitende Beamte des Selbstverwaltungsorgans, unter denen sich der Vorsitzende und der leitende Fachbeamte des Jugendamts befinden müssen, dann höchstens die fünffache Zahl von in der Jugendwohlfahrt erfahrenen und bewährten Männern und Frauen, zwei Fünftel dieser Zahl werden vom Gemeindevorstand auf Grund von Vorschlägen ernannt die von freien Vereinigungen zur Förderung der Jugendwohlfahrt zu machen sind; unter dem Rest müssen sich befinden je ein evangelischer und katholischer Geistlicher und eventuell ein Rabbiner.

Nach § 6a sind zur Teilnahme mit beratender Stimme berechtigt der Kreisphysikal, der Kreismedizinalrat, der Gewerkerat, der Vormundschafsrichter, ferner zwei Vertreter der Behörde. Dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten ist beantragt, auch die Vertreter der Behörde zu jüngerer Klassen Mitgliedern des Jugendamts zu erklären. Ein Antrag der Kommunisten schlägt den Ausschluß der Geistlichen und im übrigen ein Vorschreiben vor, welches den Parteien in den Selbstverwaltungsorganen sowie den Gewerkschaften und Jugendorganisationen ein Mitbestimmungsrecht gibt. Die Sozialdemokraten beantragen die obligatorische Mitgliedschaft und Stimmberechtigung der Vertreter der Behörde.

Nach kurzer Debatte werden die Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt, die §§ 6 und 6a mit dem Antrag des Zentrums, der Volkspartei und der Demokraten angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Das Gesetz soll am 1. April 1924 in Kraft treten.

In der sofort sich anschließenden dritten Lesung bestätigt das Haus durchweg die Beschlüsse zweiter Beratung. In der Schlussabstimmung wird der Entwurf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten genehmigt.

Bei Beratung der Uebersichten über die Fortschritte der Kultivierung und Beschäftigung der romanischstämmigen Hochmoore wird die Materie auf Antrag des Abg. Peters hochdenn (Soz.) an den Hauptausschuß überwiesen.

Das Haus tritt ein in die erste Beratung des vom Staatsrat vorgeschlagenen Entwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen.

Abg. Dr. Kauffold (Dnalk.) verlangt volle Klärung in dieser Frage und endliche Beratung in den Interessentenkreisen, die vom Landtag am 1. Februar beschlossene Notverordnung habe die Klärung nicht geschaffen.

Abg. Bergmann (Z.): Bei der Veranlagung und Erhebung der Steuer sind tatsächlich zahlreiche Uebelstände hervorgerufen, welche dringend der Abhilfe bedürfen.

Abg. Dr. Wenzig (Soz.): Wenn wir so prozedieren wollten, käme schließlich überhaupt kein Gesetz mehr zustande. Die Staatsratsvorlage lehnen wir ab; gegen die Verweisung an den Hauptausschuß haben wir nichts, nachdem eine große Partei sie genehmigt hat.

Staatssekretär Weber verliest mithears gestern vom Ministerium herausgegebene Erlasse, durch die den Beschwerden der Grundbesitzer hinsichtlich der Nachprüfung der Steuerwerte nach Möglichkeit Rechnung getragen werde.

Die Vorlage geht an den Hauptausschuß.

Die Vorlage der Staatschuldenordnung wird in allen drei Lesungen genehmigt, nachdem Abg. Weiskopf (Dnalk.) bemängelt hat, daß diese Vorlage auf dem Wege der Beratung erlassen ist und die Erhaltung der preussischen Staatschuldenverwaltung empfohlen hat. Der Bericht des Rechnungsanschlusses über die Staatseinnahmen und Ausgaben für 1919 wird genehmigt.

Es folgt der Ausschussbericht über Änderungen der Geschäftsordnung im Interesse der Kostensparnis. Danach kann in besonderen Fällen von der allgemeinen Verteilung der Vorlagen abgesehen werden. Beratungen werden nur im ganzen beraten. Die Redezeit darf für den einzelnen Abgeordneten eine Stunde nicht überschreiten. Die Änderungen werden angenommen.

Das Haus verlagert sich.

Bei Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung fordert Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.) erneut die Beratung des Antrags über die Verchiebung der Gemeindevahlen. Abg. Grefenst (Soz.) widerspricht mit Unterstützung von 15 Abgeordneten. Daher kann dem Antrag nicht entsprochen werden.

Freitag 12 Uhr: Beamtenbezüge, Justizabbau, Disziplinarfrage. Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Zur Kandidatur Roske.

Der Parteivorstand schreibt uns: In der Entscheidung, welche der Parteivorstand, nachdem er auf Grund des Organisationsstatuts angerufen war, in Sachen der Kandidatur Roske für den Wahlbezirk Hannover-Ost getroffen hat, ist ausdrücklich bemerkt, daß die frühere Tätigkeit des Genossen Roske als Reichswehrminister für die Entscheidung des Parteivorstandes ganz außer Betracht bleibe. Wie stellen das jetzt, weil in parteigenössischen Kreisen die Vermutung ausgesprochen wurde, daß die politische Stellungnahme Roskes für die Entscheidung maßgebend gewesen sei. Der Parteivorstand hat sich in seiner Entscheidung lediglich den Gründen angegeschlossen, die auf den Konferenzen in Hannover und Heizen und in dem Schreiben der Bezirksorganisation Hamburg-Nordmeit, zu der der Stadter Bezirk gehört, gegen eine Kandidatur des Genossen Roske geltend gemacht wurden. Er hat deshalb auch keine Renet aufgestellt, sondern nur in dem konkreten Fall geprüft und entschieden. In Hannover hat nach Auffassung der beschwerdeführenden Instanzen der Oberpräsident in nächster Zeit besonders schwierige Aufgaben zu erledigen. Es wurde besonders auf die Tätigkeit der Weifen hingewiesen, die für einen eigenen Weifenstaat im Rahmen des Reichs eine Volksabstimmung herbeiführen müssen. Deshalb vertreten die Gegner der Kandidatur Roske die Auffassung, daß in einer solchen Zeit der höchste Verwaltungsbeamte der Provinz mehr als je in Hannover tätig zu sein verpflichtet sei. Im hannoverschen „Volkswissen" vom 14. März 1924 sind die Gründe des Parteivorstandes Hannover eingehend dargestellt. Der Richtungsstreit in der Partei hat bei der Entscheidung des Parteivorstandes keine Rolle gespielt.

Nähr Dich mit
Parath!
Eiweiß-Nähr-Kakao - spart Milch und Zucker
Puddings und Soßen - auch ohne Milch vorzüglich

Die grosse Werbewoche! Schluß Sonntag, 22. März

Meine günstigen Abrechnungen an der Leipziger Messe gestalten mir während der Werbewoche den Verkauf aller Arten Damen- u. Herrenstoffe zu einzig dastehenden, enorm billigen Preisen

Sprechende Beispiele:

Sehadine 955 z. Wol., 1,40 cm weil., ... Meter	Nips reine Wolle 850 Meter...
Herrenstoffe 495 Meter.....	

Neuerlei-Entwürfe
Alle Einkäufe werden bei Anzahlung längere Zeit räumverleert.

Nur wenn Sie dieses Inserat mitbringen, erhalten Sie 10% Extra Rabatt

Hochwertige Qualitäten für wenig Geld

Crepe Maroquin 710 Wolle mit Seide..... Meter	Mod. Frottes 410 Meter.....	Woll-Massellin 380 Meter.....	Zephyr Große Auswahl 120 Meter.....
--	--------------------------------	----------------------------------	--

Stoff-Spezialhaus Hans Prange, Berlin SO. 36, Wiener Strasse 15, am Bf. Hallesb. Station

Vorteilhafte Frühjahrs-Kleidung

Herren-Anzüge einreihige Sakko-Form, aus gemusterten Stoffen 2900	Gummi-Mäntel halb Qual, grobkörnig geklebt, mod. weisse Form 1900
Herren-Anzüge einreihige Sakko-Form aus guten gem. Stoffen 4300	Herren-Hosen schöne Streifen, verriegelbar, mit Gabeltasche 12.00 9.00 7.00 6.00 wie an den elegant. Qualitäten 450
Herren-Anzüge ein- und zweireihige Form, in hellen und dunklen, sehr guten Qualitäten, feine Streifenmuster 5900	Manchester-Breeches-Hosen für Herren gefällige Form 1350
Herren-Anzüge erprobte Qualitäten, moderne Form u. Anordnung, als Ersatz für Maß angetragen 7600	Windjacken aus imprägniertem Stoff, in verschiedenen Formen und Farben 1350
Herr.-Sport-Paletots Governost, die große Mode 76.00, 62.00 4900	Einsegnungs-Anzüge gute Stoffe, beste Verarbeitung, ein- und zweireihig 39.00, 35.00, 29.00 2300
Herren-Mäntel die eleganteste, lange, moderne Form, mit Gurt 4900	Knaben-Anzüge in besonders schön. Formen und haltbaren Stoffen 12.00 u. höher, 10.00 700

Rauch's Kaffee

Fliesen-Bohnen Mokka-Mischung

Hander u. Caffee Engrospreise

Genüsse, ganz und gemahlen, Rauch, Invalidenstr. 16, Eckhaus Brunnenstraße

Kaffee, Filme, Saft, Soda, Öl, etc.

BLUTARMEN, KRANKEN
ärztlich empfohlen

FRÜH-
SÜßER
Stärkungs-
Wein

Santa Lucia

Käuflich in Apotheken, Drogerien und Dischlergeschäften.

Teppiche

Drücken, Läutern, Lusterstoffe, Linoleum-Läutern u. Teppiche

Gardinen
in Lastero, Bottdocken, Diwanddecken, Stoppdecken

Fertige Betten
auf

Teilzahlung
bei kleiner An- und Abzahlung

Or Auswahl - billigste Preise

BEISER
Lefringers Str. 67
3. u. 4. Stock

Bandwurm im Kopf vertoren

nach 10 Stunden durch Reichel's Daubenschnittmittel „Fort-ist-er“
„Bis seit 7 Jahren an Bandwurm und hatte schon viele andere Mittel ergebnislos gebraucht.“ So wurden Taubenbeil vertoren, 20. Adl. für Kinder (nach Alter) 20-240
In Drogerien und Apotheken, auch bei Otto Reichel, Berlin 42 50, Glienbahnstr. 4

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O. 112, Rigaer Str. 71/73a
Telephon: Amt Alexander Nr. 4161

Günst. Angebot in kompl. Wohnungseinrichtungen:

1 kompl. eich. Schlafzimmer	1 kompl. Schlafzimmer
1 Anrichtentisch	1 Speisezimmer
1 kompl. Schlafzimmer	1 Anrichtentisch
1 Speisezimmer	1 Anrichtentisch

1800.-

Besuch lohnend! - Grachtstr. 3-7 Uhr. - Besuch lohnend!

Beachten Sie unsere Schaufenster und besichtigen Sie gefälligst unsere Läger ohne jede Kaufverpflichtung

Schulze Co.
Hauptstr. 10 Schöneberg
Brückenstr. 11 Ecke Rungels
Gr. Frankfurterstr. Ecke Koppstr.

Fabisch Co.
Rosenthaler Str. 3, Ecke Linienstr.

Vereinigte Spezialhäuser